

**Annoncen:**  
**Annahme-Bureau:**  
In Posen bei  
Hrn. Krupski (C. H. Ulrich & Co.)  
Breitestraße 14;  
in Gneisenau  
bei Herrn Th. Spindler,  
Markt- u. Friedrichstr. Ecke 4;  
in Grätz b. Hrn. L. Strelitz;  
in Berlin, Breslau,  
Frankfurt a. M., Leipzig,  
Hamburg, Wien und Basel:  
Haasenstein & Vogler.

# Posener Zeitung.

Dreihundertfünfter Jahrgang.

Mr. 102.

Das Abonnement auf dieses mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierthalb für die Stadt Posen 14 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Gr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Dienstag, 3. Mai

Inserate 14 Sgr. die fünfgeschwerte Zeile oder deren Raum, Reklamen verbültümäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1870.

## Amtliches.

Berlin, 2. Mai. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem bisherigen Legations-Sekretär bei der Kgl. niederländischen Gesandtschaft hierzuliegen, Legations-Rath de Karnebeek, den Rothen Adler-Orden 3. Kl., dem Kgl. bayerischen Hauptmann, Ritter und Edler v. Rogister im 4. Artillerie-Regiment König den Rothen Adler-Orden 4. Kl., dem Baron Donald Jacob Mackay im Haag und dem Stadtältesten Baerwald hieselbst den Kgl. Kronen-Orden 2. Kl., sowie dem Kais. russischen Kapellmeister, Professor Ritter v. Brenner zu Petersburg, den Kgl. Kronen-Orden 4. Kl. zu verleihen.

Dem ordentlichen Lehrer Dr. Gerber am Gymnasium zu Glückstadt ist das Prädikat „Oberlehrer“ beigelegt worden.

## Die katholische Fehde in Schlesien.

In wenig Provinzen erscheint das kirchliche Leben so viel bewegt, und selten wo dringt jede Bewegung so tief in den Laienstand, als in Schlesien; das Zentrum aber des provinziellen Lebens ist die alte Hauptstadt des ehemaligen Herzogthums. Denn abweichend von Posen, das nur als die Hauptstadt eines Theiles der Provinz, des nächsten Zentrums, erscheint, ist Breslau wirklich der Kopf und das Herz der Provinz, wo Alles Leben zusammenströmt, alle Meinungen kontrollirt, alle Bestrebungen genährt oder vernichtet werden. Ein eklatantes Beispiel hierfür ist die von dem katholischen Priester Ronge im Jahre 1846 hervorgerufene Bewegung, welche der evangelischen wie der katholischen Kirche Erschütterungen brachte.

Die Ursachen für dieses intensive kirchlich-bewegte Leben Schlesiens mögen theils äußere, theils innere sein. Zunächst ruft das Nebeneinanderleben von Katholiken und Evangelischen\*) einen gewissen Wetteifer und Wettkampf, der sich gelegentlich einmal in einer Professorenchrift äußert, denn, um es schon hier zu sagen, die breslauer Hochschule, die Alma mater Leopoldina, steht ja recht mitten im Leben und bildet für die geistigen Bestrebungen meist das Zentrum. Doch tiefer als bis zu einer kleinen Fehde der Kirchenlichter hüben und drüben treibt selten der religiöse Gegensatz, die Schlesiener, an und für sich keine Eiferer und Hartköpfe, wie sie in Ost- und Westpreußen vorhanden sein sollen, haben frühzeitig Toleranz oder noch mehr: Achtung vor der Überzeugung Anderer gelernt, und wenn auch auf der Dom- und Sandinsel noch fromme, klerikale Häuser existieren, in denen man mit Bedauern auf jeden „Kaiser“ herabstieß, und wenn auch in manchen protestantischen oder reformirten Kreisen „Katholik“ so viel als „Dummkopf“ bezeichnet, so pflegten sich doch unter den bekannten schlesischen „Gemeindlichkeit“ auch schroffe Gegensätze noch bis zur Leidlichkeit abzustumpfen.

Vor einigen Jahren erhob sich allerdings ein konfessioneller Kampf, indessen betraf er mehr äußere Angelegenheit, und das Feldgeschrei hieß nicht; hic Katholik — hic Kaiser, sondern hic Katholiken, dort Stadtbehörden. Die Katholiken verlangten ein katholisches Gymnasium aus Kommunalmitteln, zu gleicher Zeit erwiesen sich aber auch die Lehranstalten für Evangelische und Juden unzureichend; die Stadtbehörden beschlossen in ihrer Verlegenheit, um allen gerecht zu werden, und doch Defizits zu vermeiden, zwei „konfessionslose“ höhere Lehranstalten zu errichten. Die katholischen Statistiker wiesen aber nach, daß die katholische Bevölkerung wegen ihrer Anzahl von der Kommune, nachdem diese bereits eine evangelische und eine etwas paritätische aber doch mehr evangelische Realschule errichtet hatte, auch eine katholische verlangen könnte, besonders da neben 3 evangelischen und einem reformirten Gymnasium für die Katholiken nur ein königliches existire. Die Sache hatte einigermaßen Begründung und deshalb betheiligt sich an den katholischen Petitions-Wühlerien, die von hervorragenden Männern, besonders Professoren und Klerikern ins Werk gesetzt wurden, auch manche gemäßigte Katholiken. Der Strom würde sich indessen längst verlaufen haben, wenn es nicht unser trefflicher Kultusminister verständig, ihn zu stauen, indem er die Eröffnung der beiden „konfessionslosen“ Anstalten verhindert.

Diese konfessionelle Fehde hat unseres Erachtens eine bedeutende Wirkung gehabt: die Gründung einer wohlorganisierten katholischen Partei. A tout seigneur tout honneur — auch Hrn. v. Mühlner! Der kommunale Kampf hatte die Katholiken zusammengeführt, im politischen Kampfe fanden sie neue Beschäftigung. Geistliche Literaten, welche frühmorgens das Liebesopfer darbrachten und Abends politische-religiöse Reden in Volksversammlungen hielten, zogen die Masse durch ihre populär-darbietende Ausdrucksweise an; Pfarrer Wink, der Redakteur der „Haussblätter“ in ihrer früheren Gestalt, war der erste unter diesen konfessionellen Politikern. Die katholischen Gesellen-Vereine und die katholische Ressource waren die Organismen, um welche sich die Partei bildete. Im vorigen Jahre fühlte sich dieselbe stark genug, um eine eigene katholische Zeitung zu gründen. Man pfropfte sie auf die „Haussblätter“, indem man das kleine Format vergrößerte und das Blatt täglich erscheinen ließ. Die Zeitung gewann 3–4000 Abonnenten, und Alles wäre gut gegangen, wenn nicht Rom durch seine absolutistischen Tendenzen Zwietracht in das Lager der Katholiken gebracht hätte. Ein Wechsel in der Redaktion des katholischen Blattes deckte die Kluft zwischen Ultramontanen und gemäßigen Katholiken weit auf. Der frühere Redakteur, ein Kaplan, welcher dann die Leitung der „Rheini-

\*) In Breslau bilden die Katholiken etwa ein Drittel, in der Provinz etwa die Hälfte der Bevölkerung.

schen Volksblätter“ übernahm, hatte zwischen beiden Richtungen lavirt, sein Nachfolger, ein Bauer, der mit dem Ultramontanismus den Haß gegen Preußen verbindet, entschied sich für die Unfehlbarkeit des Papstes und griff die gemäßigen Katholiken, zum Theil Mitbegründer des Blattes, wie Professor Elvenich, mäthlos an. Diese sagten sich in Folge dessen von den „Haussblättern“ los und verdammten öffentlich dies Treiben.

Die deutschen Katholiken finden ihre gelehrtete Vertretung besonders durch drei Lehrer der Universität: den ehemaligen Hermannianer Elvenich, den Kanonikus Balzer und Professor Reinke, die letzten beiden sind Priester, alle drei aus den Rheinlanden. Ein gewisser Gegensatz zwischen diesen philosophisch gebildeten Männern und den Ultramontanen des Doms herrscht schon seit etwa 10 Jahren, seit nämlich der Fürstbischof Heinrich Förster dem Kanonikus Balzer, weil dieser Irreleben vortragen sollte, das Lesen von Kollegen verboten hat. Aber die Lehren dieser Männer haben ihre Wirkung geübt und eine Menge tüchtiger, junger Theologen erzogen, die jetzt auf die Seite ihrer Lehrer treten. In den dortigen politischen Zeitungen erschienen eine Menge Proteste gegen das Treiben der „Haussblätter“, hochangeschene Katholiken, Grafen und Geistliche erklärt sich für Döllinger und gaben damit den Haussblättern Stoff zu neuen Schmähungen.

Die kühnste Erklärung aber war die des Kaplan Jentsch in Liegnitz, die am 24. April in der „Schles. Z.“ veröffentlicht wurde. „Die Lehre von der Infallibilität und das gesamte kirchenpolitische System, wie es im Syllabus und in der denselben begleitenden Encyclika hervortritt, steht im schneidendsten Gegensatz zur Vernunft, zum Evangelium, zur alten Kirchenverfassung, zu den Anschauungen der Kirchenväter,“ heißt es in diesem Protest. „Dass ich nicht wenige Geistlinge habe, weiß ich,“ sagte dabei der mutige Kaplan, und es muß wahr sein, denn bereits haben sich fünf Geistliche der Erklärung angeschlossen.

Das war denn doch dem „fürstbischöflichen Generalvikariatsamt“ zu viel, und es hat, wie man aus unserer gestrigen Nummer er sieht, den Geistlichen die weitere Diskussion in den öffentlichen Blättern verboten, der Kaplan Jentsch ist von allen geistlichen Amtesvertretungen suspendirt worden, ja die geistliche Behörde hat sogar ihrem Fürstbischöf, der sich auf der Heimreise von Rom befindet, jeden Rückzug unmöglich gemacht, indem sie in ihrem Erlass daran erinnerte, daß der Fürstbischöf einst seine Uebereinstimmung mit dem Syllabus ausgesprochen habe.

Was wird nun folgen? Wir prophezeihen nicht zu viel, wenn wir sagen: Die römischen Katholiken werden ihren Standpunkt behaupten. Und die deutschen Katholiken? Mögen sie ausscheiden, wenigstens wird die Kirche rein werden, soll der Papst gesagt haben. Mehr, so sagen wir hinzu, sie wird auch ruhig werden, der starre Absolutismus wird sich über sie lagern, die Ruhe des Kirchhofs. Das ist der Friede, welchen der „Stellvertreter Christi“ der Kirche gibt. Das Leben aber geht nicht verloren, Döllinger und Protestantvereine, beide auf der Flucht vor dem Absolutismus der Unfehlbaren, finden sich vielleicht in einer deutschen Nationalkirche zusammen.

## Deutschland.

Berlin, 2. Mai. In gewissen Kreisen der Diplomatie laufen, wie man hört, noch allerlei Gerüchte um von einem bevorstehenden baldigen Eintritt der Südstaaten in den Norddeutschen Bund, von der Proklamation des Königs Wilhelm zum Kaiser von Deutschland und dergleichen mehr. Wir brauchen wohl kaum zu versichern, daß alle diese Gerüchte nichts als leere Erfindungen sind, die vielleicht mit dem stattgehabten Besuch des Großherzogs von Hessen am heutigen Hofe und mit der etwa bevorstehenden Reise des Königs von Bayern hierher in Verbindung stehen. Was nun diese beiden Besuche betrifft, so wird der erstere noch vielfach in der Presse besprochen, doch müssen wir allen anders lautenden Versionen gegenüber an unserer einmal ausgesprochenen Ansicht festhalten, daß dieser Besuch mit politischen Kombinationen von irgend aktueller Bedeutung in gar keinem Zusammenhang steht; wohl aber ist allerdings eine Rundgebung in demselben zu finden, welche die Auffassung, als ob auf Seiten des Großherzogs noch eine Verstimmung ein Uebelwollen gegen den Norddeutschen Bund vorhanden, widerlegen soll. Und wie man schon in dem Besuch selbst ein Anzeichen für diese Bedeutung finden konnte, so hat auch das Verhalten des Großherzogs bei seinem täglichen Aufenthalte am königl. Hofe dies noch entschieden bestätigt und gezeigt, wie sehr es sein Wunsch ist, der gewöhnlichen Auffassung des bisherigen Verhältnisses entgegenzutreten. In dieser Beziehung hat also der Besuch in der That eine Bedeutung. Über die Absicht eines Besuches des Königs von Bayern an hiesigem Hofe widersprechen sich aber die Nachrichten, doch ist nach Mittheilungen von unterrichteter Seite zu konstatiren, daß zwar der König von Bayern gelegentlich wiederholt die Absicht eines solchen Besuches zu erkennen gegeben hat, doch ist noch keine bestimmte Ankündigung des Besuches erfolgt noch sonst in neuester Zeit irgend ein Schritt geschehen, welcher diesen Besuch in nahe Aussicht stelle. So hat denn das ganze Gerücht seinen Ursprung wohl in Neuerungen, welche von bayerischen Abgeordneten ausgegangen sind und die wiederum ihrerseits an die erwähnten gelegentlichen Neuerungen des Königs anknüpfen.

Berlin, 2. Mai. Bamberger meinte neulich, es sei jetzt die Zeit der Surrogate, daher müsse man sich auch einstellen mit dem Surrogat des Zollparlaments behelfen. Der selbe Grund erläutert, weshalb zur Zeit des Zollparlaments fast jeder Tag benutzt wird, um irgend welche, halb gesellschaftlichen, halb politischen Zwecken dienende Vereinigung der Parteigenossen der verschiedenen Stämme herzustellen. Die unfertige politische Einheit begünstigt mehr als es sonst vielleicht der Fall sein würde, den Geschmack an diesen Surrogaten. Mit diesen gemeinschaftlichen Zweckessen, um einen etwas veralteten Ausdruck zu gebrauchen, die sich jetzt so häufig folgen, bald von norddeutschen Liberalen den Süddeutschen gegeben, bald von diesen nach jener Seite hin erwiedert, protestirt man auf beiden Seiten gegen die der Nation durch die Verhältnisse aufgenötigte unnatürliche Trennung. Und neben anderen Protesten mag man auch diesen wohl gelten lassen. Der Glaube, daß man auf diese Weise die Einheit beim festlichen Mahle schaffen könne, ist zu tief im Werth gesunken, um gefährlich zu sein, immerhin aber schafft das zwanglose Begegnen von Nord und Süd, wie es sich in diesen Tagen um uns herum gestaltet, manche dauerhafte Verbindung, die auch ihre politische Bedeutung nicht ganz entbehrt. Von ernsthafterem politischen Gepräge als diese gelegentlichen festlichen Begegnungen, wie sie der Zusammentritt des Zollparlaments herbeiführen pflegt, war die geistige Konferenz des national liberalen Landesausschusses, zu der bekanntlich auch auswärtige Mitglieder aus Baden und Württemberg eingetroffen waren und an der außerdem auch die hier anwesenden Baiern in größerer Zahl Theil nahmen. Über die Verhandlungen selbst wird ein ausführlicher, offiziell redigirter Bericht in der „Berl. Autogr. Corr.“ veröffentlicht werden. Wir müssen uns bei dem streng vertraulichen Charakter der Conferenz auf die allgemeine Andeutung beschränken, daß die Frage wegen Verschmelzung der nationalen Parteien in Nord und Süd sehr ausführlich verhandelt wurde, daß von bairischer Seite dabei im Allgemeinen große Reserve an den Tag gelegt und von den Rednern, es sprachen Petersen und Marquardsen, betont wurde, daß eine Verschmelzung der bairischen Fortschrittspartei mit der norddeutsch-nationalliberalen Partei für erstere zur Zeit noch allerdings fast als gefährlich erweisen könnte, indem dieselbe vermutlich Spaltung innerhalb der Partei hervorrufen werde. Von badischer Seite (Kiefer) wurde wiederholt die dringende Notwendigkeit für die dortige nationale Partei sich an das größere Ganze anzuschließen betont. Von den übrigen Rednern erwähnen wir noch Miquel, Lasker, Bamberger, Bennigsen, deren Ausführungen mehr einen vertraulichen Charakter trugen, auf die einzugehen wir uns versagen müssen. Schließlich wurden die vorgeschlagenen Resolutionen, die in drei Sätzen die bekannten Punkte des national-liberalen Programms nochmals zusammenfassen, einstimmig angenommen. Das Weitere wird der Bericht ergeben. — Freunden eines gesunden kirchlichen Humors ist die Lektüre der kürzlich gehaltenen Verhandlungen der bairischen Friedrichwerderischen Synode zu empfehlen. Den merkwürdigsten Abschnitt bilden die Debatten über das Prostitutionswesen auf Grund eines Berichtes, erstattet von einer im vorigen Jahr niedergelegten Kommission. Hr. Superintendent Büchsel verbreitete sich über den geringen Erfolg kirchlicher Bermahnungen an die Wirths öffentlicher Mädchen und erklärte offen seine Abneigung dagegen, „an die Lust gezeigt zu werden“. Hr. Prediger Orth erinnerte an Calvin, man könne zwar nicht, wie jener es gethan, öffentliche Frauenspersonen ersäufen lassen, aber statt dessen empfehle sich das Auspeitschen. Dies ging selbst dem Rauhäusler Hrn. Oldenberg, Prediger des Maabiter Zellengefängnisses, zu weit, welcher an Christi Ausspruch: Wer sich ohne Schuld fühle, werfe den ersten Stein auf sie, erinnerte. Herr Orth war aber hierüber sehr entüstet und behauptete, daß diese Bibelstelle überhaupt apokryph sei, hierüber großer Lärm u. s. w. Also verhandelt im Jahre des Heils 1870 in der Stadt der Intelligenz Berlin. — Das Zollparlament hat heute mit 4 Stimmen Majorität die Anträge auf Ermäßigung der Eisenzölle abgelehnt. Führt die zweite Lesung hierin nicht noch eine Aenderung herbei, so ist die Tarifvorlage wohl jedenfalls schwer bedroht, denn daß nach dieser Abstimmung noch die Erhöhung des Kaffeezolls zu Stande kommen sollte, gegen den die süddeutschen Schätzöller ohnehin stimmen werden, scheint vorläufig sehr unwahrscheinlich.

Berlin, 2. Mai. [Graf Bismarck. Parlamentarisches Wahltagitation. Aus dem Finanzministerium.] Die Nachrichten über das Befinden des Grafen Bismarck lauten durchaus nur erwünscht, nur ist dem Grafen zur Förderung seiner Erholung jede Arbeit widerthaut; es wird daher von unterrichteter Seite die Nachricht, als hätte der Bundeskanzler ein Schreiben an freikonservative Reichstagsabgeordnete wegen deren Stellung zur Todesstrafe gerichtet, als eine grundlose Erringung bezeichnet. Es ist wohl nicht ohne Grund, daß, wie wir bereits gemeldet haben, die dritte Lesung des Strafgesetzbuchs nicht den Beginn der Reichstagsarbeiten bildet; man rechnet stark darauf, daß Graf Bismarck bis dahin, d. h. in etwa 3 Wochen wieder hier anwesend sein dürfte, um seinen Einfluss für die Gewinnung einer Basis geltend zu machen, auf welcher überhaupt an eine Verständigung mit dem Reichstage über das Zustandekommen des Strafgesetzbuches zu hoffen ist. — Das Zollparlament soll womöglich am 7. d. M.

geschlossen werden und die Reichstagsarbeit am 9. d. M. und war mit der Erledigung des Budgets beginnen, man hofft, die Reichstagsession etwa zum 28. schließen zu können; viel länger wird sie sich keinesfalls hinauszögern. — In den östlichen Provinzen wird bereits die Wahlagitation von hochkonservativer Seite dadurch betrieben, daß man vornherein auf die ländliche Bevölkerung gegen jede Kreisordnungsreform als zu kostspielig einzutragen bemüht ist. Die in dieser Richtung erschienenen Artikel der „Kreuzzeitung“ als deren Verfasser — wir wissen nicht, wie weit mit Grund — Hr. v. Kröcher, Mitglied der äußersten Rechten des Herrenhauses in parlamentarischen Kreisen genannt wird, sind als Broschüre gedruckt worden und werden vielfach verbreitet. Jedenfalls darf man sich darauf gesetzt machen, die Kreisordnungsfrage bei den Wahlen, wenigstens in den östlichen Provinzen, eine große Rolle spielen zu sehen. Es werden deshalb auch von anderen Parteien Veranstaltungen getroffen werden, um irgendeine Vorstellung über diese Frage entgegenzuwerken. — Obwohl es sich nicht bestätigt hat, daß außer dem Geh. Finanzrat Mölle eine Anzahl von Räthen des Finanzministeriums vom Amt zurückgetreten ist, so macht sich doch durch den mehrfach in den letzten Jahren erfolgten Rücktritt hervorragender Kräfte dieses Ressorts mehr oder weniger ein fühlbarer Mangel in demselben geltend.

In zwei Monaten sollen die Budgetarbeiten beginnen, an denen bisher Geh. Rath Mölle einen so wesentlichen Anteil genommen hatte. Wie man hört, ist ein noch ziemlich junger Verwaltungsbamter, ein Reg.-Rath Hoffmann, dazu ersehen, der Nachfolger des Geh. Rath Mölle auf dem Budgetgebiete zu werden. Auch über die Wiederbesetzung der durch den Tod des Hrn. v. Pommers erledigten Stelle eines General-Steuer-Direktors steht eine Entscheidung noch zu erwarten. Der Ober-Finanzrat Hasselbach soll selbst noch zögern, den schwierigen Posten zu übernehmen. Beiläufig gesagt, umfaßt das Steuer-Departement über 13,000 Beamte. Jedenfalls werden die endgültigen Bestimmungen über diese Angelegenheit nicht mehr lange auf sich warten lassen. — Wir haben bereits mitgetheilt, daß die Motive zu der dem Bundesrat vorgeschlagenen anderweitigen Fassung des § 6 des Kriegsdienstgesetzes vom 9. November 1867 diese Vorlage als eine Erleichterung für den Reserveisten und Begünstigung des Handels, sowie als eine Fortsetzung der dienstlichen Interessen der Marine bezeichneten. Es wird ausgeführt, daß in dem einen Falle eine zweimalige Einziehung durch je 8 Wochen in den Sommermonaten den Mann in die Lage bringen kann, im Laufe zweier Jahre viermal längere Zeit brotlos zu steigen, und daß in dem andern Falle ihm erstens eine nur einmalige Einziehung auf nur 5 Monate eine Entschädigung in dem sicherer Brod bei Ausübung seines Berufs gewährt und die anscheinend längere Dienstverpflichtung dadurch kompensirt wird, daß der Mann während der freien drei Jahren sich für ferne Seereisen verhauen kann. Ferner ist bei dem jetzigen Gesetze eine Schädigung des Handels insofern denkbar, daß durch eine dreimalige Einziehung auf je 8 Wochen die Verhauerung des Mannes erst nach der Nebungspflicht erfolgen kann. Im Weiteren soll durch die Vorlage die fernere seemännische Ausbildung gefördert werden. Auch hat man dabei die Absicht, die Interessen der eigenthümlichen und sonst durchaus zweckmäßigen Kleiderwirtschaft bei der Marine besser zu wahren, als es bei der Länge der Einziehungsdauer bisher der Fall sein konnte. Endlich glaubt man auch bei einer 5monatlichen Uebungszeit im letzten oder vorletzten Jahr der Reservepflicht bessere Gelegenheit zu finden, den Mann mit den inzwischen eingeführten neuen Geschützen, Waffen &c. besser vertraut machen zu können, als es bei der kurzen Uebungsfrist möglich ist.

Der offiziöse Korrespondent der „Kölner Blg.“ polemisiert gegen die Organe des Hrn. v. Dalwigk, welche dem Besuch des Großherzogs von Hessen am Berliner Hofe „gar keine politische Bedeutung“ zugestehen wollten. Dabei giebt er folgende beachtenswerte Neuflucht von sich: „Dagegen, daß binnen Jahresfrist die Dinge in Deutschland eine andere Gestalt annehmen dürfen, wird Hr. v. Dalwigk durch seine Offiziösen vielleicht doch nicht hinlänglich geschützt sein.“

Als einen Anhalt für die Beurtheilung der Verhältnisse des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt macht der thüringische Korrespondent der „D. A. Z.“ folgende Mittheilungen: Nach dem Statut von Schwarzburg-Rudolstadt für das Jahr 1866, also vor dem Eintritt des Fürstenthums in den Norddeutschen Bund, betrug die Ausgabe für das fürstliche Haus 160,302 fl., der Aufwand für das Ministerium und die Landeskollegien 63,272 fl., für die übrigen Verwaltungsbüroden 22,429 fl. (Man bedenke, daß Rudolstadt ein Landchen von 17 Quadratmeilen und einigen 70,000 Einwohnern ist.) Für die Justizpflege betrug der Aufwand 79,021 fl. Doch das will noch nichts sagen gegen die Ausgaben für Bauwesen. Im Statut von 1866 war dieser Posten mit 93,870 fl. angezeigt, in dem von 1864 mit 142,678 fl. Was in aller Welt, wird man fragen, hat man denn in Rudolstadt gebaut? Ist das vielleicht der Ausdruck für irgend eine Eisenbahn? Nein, der Hauptaufwand wurde durch die Bauten und Reparaturen in den fürstlichen Schlössern und auf den fürstlichen Domänen verursacht. Die Ausgabe für „Gewinnung der Einkünfte“, also jedenfalls die Verwaltungskosten für die Domänen betrug 1864 197,914 fl., 1865 189,350 fl., 1866 190,474 fl. Die Summe für die Wartekelde und Pensionen betrug in jedem der genannten drei Jahre 22,389 fl., die Summe aller jährlichen Ausgaben aber in dem Jahre 1864 895,715 fl., 1865 855,520 fl., 1866 831,087 fl. Man wird gestehen, daß dies ein Budget ist, welches in seinem Verhältniß zu der Einwohnerzahl und dem Flächeninhalt des armen Landchens steht, das nicht einmal von einer Eisenbahn berührt wird. Im Fürstenthum Reuß j. L. betrug, den transitorischen Aufwand eingerechnet, 1865 das Ausgabebudget ungefähr 274,000 Thlr. in Rudolstadt aber 488,000 Thlr., also über 200,000 Thlr. mehr, trotzdem daß Reuß j. L. etwa 12,000 Einwohner mehr hat. In Reuß j. L. kostet das Ministerium 15,777 Thlr. jährl. (1865), in Rudolstadt etwas über 40,000 Thlr. Kann man es unter solchen Umständen dem Landtage verargen, wenn er nicht ferner solche Summen zu Zwecken bewilligen will, die anderwärts viel weniger erforderlich?

Das Kriegsministerium hat zu den diesjährigen Kasernen-Neu- und Fortsetzungsbauten in Danzig, Spandau, Minden, Stettin und Lübeck eine Summe von 316,000 Thlr. angewiesen. Für die Errichtung eines bombensicheren Beughauses in Wesel, sowie von Kriegslaboratorien in Kassel und Riesa sind 50,000 Thlr. bestimmt.

Der Justizminister Dr. Leonhardt ist auf einige Tage nach Hannover, Celle &c. gereist.

Das Marineministerium hat mit Rücksicht auf den gewachsenen Umfang der Verwaltungsgeschäfte eine Verstärkung des Marineintendanturpersonals angeordnet, ebenso soll mit einer allmäßigen Gehaltsaufbesserung für die gedachten Beamten vorgegangen werden.

**Magdeburg.** Eine liberale Wählerversammlung hier hat beschlossen, daß Fortschrittpartei und Nationalliberale auf Grund des Berliner Programms der letztern gemeinsam bei

den nächsten Wahlen für die Wiederwahl der bisherigen Abgeordneten wirken wollen.

**Niel.** 2. Mai. (Tel.) Eingegangene Nachricht zufolge ist Sr. Maj. Kanonenbot „Meteor“ am 26. März e. in Port-au-Prince auf Haiti angekommen.

**Bremen.** 28. April. Die „Bürgerschaft“ hat in ihrer gestrigen Sitzung die Abschaffung der polizeilichen Erlaubnis für politische Vereine und Versammlungen beschlossen und den Antrag angenommen, daß die Volljährigkeit mit dem 21. Lebensjahr beginnen soll.

**Dresden.** 2. Mai. (Tel.) Der Großherzog von Hessen ist heute Mittag hier selbst eingetroffen, begleitet vom König und von der Königin, welche denselben von Jahnishausen bis Nöderau entgegen gefahren waren. Der Großherzog ist im Hotel Bellevue abgestiegen und wird morgen die Rückreise über Leipzig antreten.

### Deutschland.

**Wien.** 30. April. Die Verhandlungen mit den Czechen-führern haben begonnen. Graf Potocki hat am 26. und 27. mit Klaudy und Zeithammer und am 27. mit Nieger und Sladkowski konferiert; diese Besprechungen werden noch mehrere Tage hindurch fortgesetzt werden; bis jetzt sollen dieselben nur sehr allgemeiner Natur gewesen sein. Auch Herr Prazak aus Mähren ist auf Einladung des Grafen Potocki nach Wien gekommen; derselbe soll sich keineswegs mit den böhmischen Czechen identifizieren und namentlich einen engeren Anschluß Mährens an Böhmen nicht im Entferntesten herbeisehen. Die Idee einer Wahlreform auf Grund direkter Reichsratswahlen soll bei den Czechen eine ungünstige Aufnahme gefunden haben. Mit den Slovaken wird noch nicht unterhandelt; Dr. Tomans Besuche im Bureau des Ministerpräsidenten tragen keinen offiziellen Charakter an sich und haben nur allgemeinen Ausinandersetzung gegolten. Mit den Polen wird gar nicht unterhandelt; die Anwesenheit Biemialkowskis in Wien ist durch die Teilnahme desselben an der letzten Sitzung des Reichsgerichts, dessen Mitglied er ist, bedingt gewesen. Von den czechischen Blättern haben die „Narodni Listy“ bereits erklärt, daß sie den Ausgleich mit Ungarn in seinem vollen Umfange und in allen seinen Konsequenzen akzeptieren, die „Politik“ will dagegen den Ausgleich nur bedingt gelten lassen, insfern dadurch nicht der Stellung des Königreichs Böhmen zu den übrigen zialethianischen Ländern präjudiziert werde.

**Wien.** 2. Mai. (Tel.) Wie die „Wiener Abendpost“ mittheilt, ist die Erzherzogin Gisela an den Masern erkrankt. Die Art des Ausschlages sowohl als die denselben begleitenden katarrhalischen Erscheinungen, und das mäßige Fieber lassen einen normalen Verlauf der Krankheit erwarten.

**Prag.** 28. April. Mehrere Mitglieder der Reichenberger Handelskammer einigten sich über die Schritte, die nach der Landtagsauflösung gegen die Rändidatur des Grafen Beust zu unternehmen wären, um die Wiederwahl des Grafen, die der Stimmung der Deutschen entgegen sei, zu hindern. Dieselbe erfolgt demnach sicher nicht.

### Belgien.

**Brüssel.** Der Kassationshof hat in voriger Woche ein Urteil gesprochen in einer Sache, welche zur Zeit zu vielen Kontroversen in den Journalen Anlaß gab und auch in der Kammer zur Sprache kam. Die Redaktion des „Etoile Belge“ war nämlich zwei Mal in eine Strafe von 100 Francs verurtheilt worden, weil sie sich geweigert hatte, die Quelle von Mittheilungen anzugeben, die eine schwedende gerichtliche Untersuchung betrafen. Die Redaktion des „Etoile“ hatte gegen dieses Urteil Berufung eingelegt, der Kassationshof hat aber die Berufung verworfen und das Urteil bestätigt.

### Frankreich.

**Paris.** 2. Mai. (Tel.) Es haben noch einige weitere Verhaftungen in der Attentatsangelegenheit stattgefunden. Bei dem Adovaten Protat, welcher gestern verhaftet wurde, sollen sehr kompromittierende Schriftstücke gefunden sein.

### Italien.

**Florenz.** 26. April. Vor einigen Tagen wurde hier die Börse von einem panischen Schrecken besessen, weil man das Gerücht verbreitet hatte, der König sei in Turin gefährlich erkrankt. Die Angabe wurde jedoch bald dahin berichtet, daß der König zwar wirklich am vorigen Donnerstag einen Fieberanfall hatte, dem ein leichter Scharlachausbruch folgte, daß alsbald jedoch eine Besserung eingetreten sei, und heute versichert man, der König sei vollkommen genesen und werde in drei oder vier Tagen hier sein. — Die Lage des Ministeriums ist noch immer eine sehr unsichere, da der Antagonismus zwischen Lanza und Sella immer offener zu Tage tritt. Sella, heißt es, sei mit Minciglietti dahin einverstanden, Lanza bei Seite zu schieben, während Lanza mehr Rattazzi und der Linken sich zuneigt, um auf dieser Seite Unterstützung zu finden. Rattazzi soll insgeheim gegen alle drei Intriquen und für ein Ministerium der Linken arbeiten.

### Großbritannien und Irland.

**London.** 29. April. Der Earl von Clarendon verlas in der gestrigen Sitzung des Oberhauses noch ein gerade eingetroffenes Telegramm des Gesandten in Athen, worin es heißt:

„Ich habe Herrn Barron (dem englischen Geschäftsträger in Konstantinopel) ein Verzeichniß der noch in Freiheit befindlichen Räuber geschickt. Sie sind 500 Soldaten und auf der Verfolgung begriffen und es wird keine Mühe gescheut werden, um die Räuber zu fangen und ihnen das Urtheil zu sprechen. Die Köpfe von sieben getöteten Räubern sind öffentlich in Athen ausgestellt; fünf Räuber sind noch in Untersuchung. Wenn sie überführt sind, werden sie sofort hingerichtet werden.“

### Australien und Polen.

**Sydney.** 4. Mai. Es ist vor Kurzem wieder eine Kommission hier und an anderen Hauptzollämtern thätig gewesen, um die Lage des Grenzzollwesens ganz speziell zu durchforschen, und zu ermitteln, ob die geringen Erträge, welche seit längerer Zeit aus den Grenzzöllen in den Staatsbecken fließen, eine Folge des verringerten Verkehrs sind, oder welche andere Gründe etwa dafür vorhanden seien und wie die Nebelstände am zweckmäßigsten abgeholfen werden könne. Dass solche Recherchen und andere Manipulationen bezüglich der Grenzsperrre beobachtet und andere Maßnahmen gegen die Grenzsperrre eingetragen werden.

**Magdeburg.** Eine liberale Wählerversammlung hier hat beschlossen, daß Fortschrittpartei und Nationalliberale auf Grund des Berliner Programms der letztern gemeinsam bei

den nächsten Wahlen für die Wiederwahl der bisherigen Abgeordneten wirken wollen.

**Niel.** 2. Mai. (Tel.) Eingegangene Nachricht zufolge ist Sr. Maj. Kanonenbot „Meteor“ am 26. März e. in Port-au-Prince auf Haiti angekommen.

### Türkei und Donausfürstenthümer.

**Bukarest.** 2. Mai. (Tel.) Das neue Ministerium ist definitiv gebildet. Das Prästdium und das Ministerium des Innern übernimmt Epureano, das Justizministerium Vogor, das Ministerium der öffentlichen Arbeiten Cantacuzene, das Kultusministerium Lahovari, das Kriegsministerium Mano und das Ministerium des Neuhern Carp.

### Amerika.

**New-York.** 1. Mai. (Tel.) Nach hierher gelangten amtlichen Nachrichten aus der Havanna hat der bisherige Führer der Insurgenten auf Cuba das Kommando niedergelegt und ist nach St. Thomas entflohen, weil nach seiner Ansicht ein Erfolg der Insurrektion unmöglich. — Der Dampfer „Deutschland“ ist am 30. April Abends 7 Uhr hier eingetroffen.

**Washington.** 2. Mai. (Tel.) Der Schatzsekretär Boutwell ordnete für den Monat Mai den Verkauf von 4 Millionen Dollars in Gold und den Ankauf von 6 Mill. Bonds an.

**San Franjisko.** [Weibliche Emigration.] In der letzten Zeit wurden mancherlei Schritte vom schönen Geschlechte gethan, um die dreitaufendjährige Herrschaft des Männer abzuschütteln. In fast allen größeren Städten der Union haben sich Gesellschaften gebildet — meistens durch alte Jungfern und Wittwen —, welche darauf hinzuhalten, das Stimmrecht zu erlangen. Bei unserer heutigen Legislatur hat sich auch eine Kommission dieser Damen mit einer betreffenden Petition eingestellt; trotz der schönen Reden, welche bei dieser Gelegenheit gehalten wurden, fand dieselbe aber bei unsrer Gejeggeben kein Gehör, weil das nötige Äquivalent fehlte, nicht einmal in dem jugendlichen Aussehen der Witststellerinnen. Zwar könnten an den Ufern des Stillen Oceans dieselben Motive geltend gemacht werden, welche im Territorium Wyoming den Weibern endlich zu ihren vermeintlichen Rechten verhalfen; allein hier sind die Verhältnisse schon weit geregelter, während dort der achtbare Theil der Bevölkerung durch stärkere Einwanderung des weiblichen Geschlechts ein veredelndes Element herbeiziehen hoffte, um den in Wyoming überabnehmenden Räubern und Gurjelabschneidern die Spize zu bieten. Um dieses Ergebnis zu erlangen, hat man dort schon den Anfang gemacht, Frauen und Mädchen, in die große und kleine Jury zu wählen. Jedoch die Probe eines Monats reichte schon hin, um unter den Bewohnern jenes Territoriums Eifersüchte zu erregen, denn als bei der ersten Gleichwochenstiftung 6 Frauen und 6 Männer für eine Nacht zusammen eingesperrt wurden, um ihr „Schuldig“ oder „Nichtschuldig“ abzugeben, verschlugen die Chemänner jener Damen mit Gewalt ins Jurymimmer zu dringen. Jedenfalls sind diese Agitationen des schönen Geschlechts weniger anstößig, als die überhandnehmende Manie sich in der Tracht, im Rauchen und ähnlichen Neuerheiten zu emanzipieren. In den Straßen von Florence (New-Jersey) erschienen kürzlich auf den Straßen die sämmtlichen Jögglinge eines „weiblichen Kollegiums“ in Männerkleidern, nur unter Beibehaltung des „Bonnet“ oder Matrosenhüchens, und die Frauen, welche zu den „Female Suffrage Unions“ gehören, streben danach, der menschlichen Gesellschaft in ihrer Person einen veredelten Mann zu präsentieren; sie scheinen darüber hinaus zu sein, daß es etwas höheres gibt: die Größe und den Elebretz einer schönen Frauengestalt.

### Deutsches Zollparlament.

#### 8. Sitzung.

**Berlin.** 2. Mai. Eröffnung um 11 Uhr. Am Tische des Zollbundesträters Präsident Delbrück mit zahlreichen Bevollmächtigten. Der Handelsvertrag mit den havanischen Inseln soll durch Schlussberatung erledigt werden. Zu Referenten ernannt der Präsident die Abg. Stoy und Teufel.

Die Diskussion über die Zollermäßigungen für Baumwolle, Baumwoll- und Baumwollgewebe auf 2 resp. 4 und 26 Thlr., die in der letzten Sitzung nicht zu Ende geführt wurde, wird heute fortgesetzt, zunächst durch v. Hennig, der den Widerstand der Interessenten gegen diese Ermäßigungen hauptsächlich dadurch erklärt, daß die Motive der Vorlage noch weitere Herabsetzungen ankündigen. Die prekäre Lage der Spinnereien sei nicht durch unseren Zolltarif, sondern durch äußere Ursachen hervorgerufen, vor allem durch die Krise in der Produktion der rohen Baumwolle. Dass der Zollverein nicht eine so entwickelte Spinnerei-Industrie besitzt wie England, sei als ein Glück zu betrachten, denn dadurch sei er vor den furchtbaren Rückschlägen bewahrt worden, die England beimgesucht haben. Bis her hätten die Weber ein Interesse an billigen Garnen behauptet; diesmal aber hätten sie sich im Gefühl der Solidarität aller Spinnjögglingen, auch bei divergierenden Interessen, mit den Spinnern verbündet. Dass die vorgelegten Ermäßigungen für die Fabrikanten unerträglich seien, könne Niemand behaupten. Obwohl sie den Vertrag mit Frankreich vortrefflich überstanden hätten, wären sie zahlreich nach Berlin gekommen und von einem Abgeordneten des Parlaments zum andern gegangen, um sie für ihr Interesse zu stempen; aber diese Agitation, die zu einer reinen Interessenbereitschaft führen würde, wenn sie jemals von Erfolg sein sollte, würde die Versammlung nicht bestimmen die Rücksicht auf die Konsumenten außer Augen zu sehen und von ihrem früheren Votum über diese Frage abzugehen. — Abg. Mohl führt aus, dass die Einführung der Garnes mit jeder Heraufsetzung des Gangzolls nachweisbar zugemessen habe und dass dieselbe um so empfindlicher sei, als die gebleibten Garne im Gewicht leichter ausfielen, als die ungebleibten. Dass Spinner und Weber sich diesmal zum Widerstand vereinigt haben, habe seinen Grund in dem natürlichen Konnex dieser beiden Industrien. Das Gutachten und die Wünsche der Interessenten geradezu abzuweisen stehe dem Parlament nicht wohl an.

Abg. Meier (Bremen): Ich hätte es allerdings lieber gesehen, wenn die Zollermäßigung für Baumwollgarne diesmal nicht in die Vorlage mit aufgenommen wäre, denn die Lage der Baumwollindustrie ist immer noch eine sehr gedrückte, seitdem der amerikanische Krieg den Preis des Rohmaterials zu einer enormen Höhe trieb. Die Preise fingen dann wieder an zu sinken, die Fabrikanten mußten daher rasch verkaufen, um der Konkurrenz derer zu begegnen, welche ihr Rohmaterial bereits zu einem billigeren Preis eingekauft hatten. Dieser Zustand dauert noch fort, denn der gegenwärtige Durchschnittspreis in Liverpool ist 10 Pence, also noch immer um 100 Prozent höher als vor dem Kriege. Mit der Wiederaufnahme der Baumwollkultur in Amerika, mit dem Beginn derselben auch in anderen Ländern, wird allmählich der frühere Preis wieder erreicht werden, aber bis jetzt hat die Baumwollindustrie ihre Spannkraft nicht wieder erlangt; das wird nicht eher der Fall sein, als daß die Preise ihren normalen Stand wieder erlangt haben. Dazu kommen die hohen Sätze in den Vereinigten Staaten die noch dadurch erhöht werden, daß sie in Gold zu bezahlen sind. Die Nordseehäfen haben ein sehr bedeutendes Interesse an der Blüthe der Baumwollindustrie, ja fast ein eben so großes als diese selbst. Wir können daher nicht wünschen, daß irgend etwas geschiehe, was sie schädigen kann, im Gegenteil, wir wünschen sie so viel wie möglich zu fördern. Allerdings wird darüber vielleicht eine Meinungsverschiedenheit herrschen, ob diese Förderung durch Schutzoll geschehen soll oder durch andere Maßregeln; ich glaube, wir würden uns mehr für das Letztere entscheiden. Die Ansicht aber möchte ich bestimmt aussprechen und vertreten, daß die Baumwollindustrie in Ruhe gelassen und die Sätze nicht verändert werden sollten, so lange die Preise nicht wieder die normalen sind. Der gegenwärtige vorgeschlagene Tarif ist indessen schon zweimal vom Zollparlament angenommen, ich erachte auch die Ermäßigungen von keiner großen Bedeutung und werde daher auch diesmal für dieselbe stimmen.

Abg. v. Stauffenberg: Ich kann den Standpunkt des Voredners vollkommen akzeptieren, gelange aber von seinen Prämissen zu einem andern

Resultat. Das Hauptargument, das für diese Position beigebracht wird, ist das, daß das Zollparlament dieselbe bereits zweimal genehmigt und daß die Fabrikanten erst jetzt sich darüber geäußert, früher aber geschwiegen hätten. Ich, auch ich bin die beiden ersten Male über diesen Punkt nicht so aufgeklärt gewesen, als ich es heute bin, und so wenig wie irgendemand sonst schreibe ich auch dem Zollparlament Infallibilität zu. Ich bin inzwischen in Bezug auf die Richtigkeit der Motive, die man für die hier beantragte Ermäßigung anführt, eines Anderen belebt worden, ich werde daher auf Grund einer neuen und besseren Information anders stimmen als früher. Was einzelne Interessenten im Privatgepräche über diese Frage gehabt haben sollen, das entzieht sich vollständig jeder Kontrolle, und ich brauche daher nicht darauf einzugehen. Dass die Fabrikanten nicht früher in besonderen Petitionen sich ausgesprochen haben, wird durch den Gang unserer Berathungen erklärt. Ueber die erste Vorlage haben die Industriellen eine Kunde wahrheitlich vorher gar nicht gehabt; das zweite Mal aber gingen sie von der richtigen Ansicht aus, daß die wiederholte Ablehnung der Petroleumsteuer auch die Ablehnung der Tarifreform von Seiten der Regierungen zur Folge haben werde. Ich kann Hrn. v. Hennig zugeben, daß der Handelsvertrag mit Frankreich einen besonders nachteiligen Einfluß auf die zollvereinseitliche Fabrikation nicht gehabt, daß die Produktion seitdem eher zugenommen als sich vermindert hat. Aber an und für sich beweisen diese Zahlen nichts. Einmal waren der amerikanischen Krise gegenüber die deutschen Spinnereien in einer besseren Lage als die in anderen Ländern, und dann folgt daraus, daß eine Fabrik fortspint, noch leineswegs, daß sie auch prosperiert. Die große in Fabriken stehende Kapitalanlage erlaubt es nicht, das Gewicht bei ungünstiger Konjunktur sofort still stehen zu lassen. Außerdem kann ich durch Zahlen zeigen, daß eine große Anzahl von Baumwollspinnereien in Bayern theils zu Grunde gegangen sind, theils ohne Nutzen arbeiten, so daß sie Dividenden von nur 2 Prozent zahlen konnten. Wo größere Dividenden vertheilt werden konnten, hatten die Spinnereien nicht etwa mit größerem Nutzen gearbeitet, sondern in hoher Baumwolle glücklich spekuliert. Mit der Spinnerei an und für sich ist es im letzten Jahre nicht vorwärts, sondern rückwärts gegangen, die Situation ist nicht besser, sondern schlechter geworden. Welchen Einfluß die hier beantragte Tarifherabsetzung haben wird, kann ich nicht sagen, aber ein Tropfen kann das schon übervolle Faß zum Überlaufen bringen. Lehnen Sie diese Position ab, Sie werden dadurch den betreffenden Industrien gegenüber lediglich einen Akt der Vorsicht üben.

Abg. Koch: Die Schutzzöllner könnten sich über ein ungefährtes Vorgehen der Freihändler nicht beklagen; rücksichtsvoller und bescheidener in der Reform zum freien Verkehr vorzugehen, als es Seitens der Organe des Zollvereins geschehe, sei wohl unmöglich. Wie dächten sich denn die Herren Fabrikanten und die Vertreter ihrer Interessen die Zukunft? Glaubten sie etwa daran, daß das nächste Zollparlament ein schutzzöllnerisches sein werde, gegenüber der Thailache, daß von sämtlichen Journalen in Deutschland nur ein einziges, das 2000 Abonennten zählt, und von sämtlichen Professoren der Nationalökonomie nur ein einziger das Interesse der Schutzzöllner vertritt?

Nachdem Marquard Barth über die zahlreichen Petitionen referirt und Hinrichsen sich gegen den Vorwurf v. Stauffenberg's verwahrt hat, durch Mittheilung von Neuerungen der Fabrikanten im Parlament etwas Unconveniences gehabt zu haben, da es unmöglich sei, anders zu verfahren, so lange die Interessenten nicht direkt vom Parlament bestagt würden, wird zur namentlichen Abstimmung über die Herabsetzung des Eingangszolles für gebleichtes oder gefärbtes ein- und zweidrähtiges Baumwollengarn von 4 auf 2 Thlr. pr. Stnr. geschritten und dieselbe mit 118 gegen 115 Stimmen angenommen. (Dagegen stimmten u. a. v. Schör, Hammacher, Hafoot, Dr. Hirsch, Herzog v. Westf.). Dergleichen die Herabsetzung des Eingangszolles für drei- und mehrdrähtiges rohes, gebleichtes oder gefärbtes Baumwollengarn von 6 auf 4 Thlr. pr. Stnr. mit 121 gegen 113 Stimmen. Ohne namentliche Abstimmung wird die Herabsetzung des Eingangszolles für unidrähiges Baumwollengewebe und Spitzen von 26½ resp. 30 auf 26 Thlr. genehmigt.

Den Roheisenzoll läßt die Vorlage unberührt; seine Ermäßigung bedarf die Anträge v. Hoverbeck und Meier. (Bremen). Der erster lautet: „Möchten aller Art, altes Bruchfeuer bis zum 30. September 1873 2½ Sgr. oder 8½ Kr. Vor diesem Termine ab zollfrei.“ (Grunderbrecth amendirt diesen Antrag dahin, daß die Zollfreiheit mit dem 1. Januar 1874 eintreten soll.) Dagegen beantragt Meier eine geringe Skala: vom 1. Januar 1871, 1872, 1873, 1874 bis 4, resp. 3, 2, 1 Sgr. pr. Stnr. endlich mit dem 1. Januar 1875 zollfrei. Für die Anträge, über die namentlich abgestimmt werden soll, melden sich etwa 10 Redner, dagegen Stumm, v. Sybel und Mohl.

Abg. Meier (Bremen). Meine Vaterstadt hat kein Interesse daran, ob der Eisenzoll belassen oder abgeschafft wird; ihr Eisenhandel ist nicht von Bedeutung; dagegen bin ich persönlich bei der Eisenindustrie stark interessiert, indem meine Hütten am Harz jährlich ungefähr 360.000 Bentner produzieren. Wenn ich gleichwohl behaupte, daß der Roheisenzoll ganz abgeschafft werden muß, so thue ich es in der Überzeugung, daß er eben unentbehrlich ist. Deshalb ist es aber auch nothwendig, daß ein Übergangsstadium gewährt wird, daß den Produzenten ermöglicht, sich allmälig an die Neugestaltung zu gewöhnen und durch Erspartung und erhöhte Arbeit die Abschaffung des Zolles zu ertragen. Ich weiß, daß man auf einer Seite es schwierig, ja für unmöglich hält, daß man auf Jahre hinaus sich die Hände bindet und daß man also den Eisenzoll sofort abschaffen will. Ich glaube aber, daß die Eisenindustrie die Verpflichtung verdiene, die ich in meinem Antrage empfehle. In wieweit die deutsche Eisenindustrie, die sich in den letzten Jahren bedeutend entwickelt hat, dagegen wird anarbeiten und ob sie das, was durch Wegnahme des Eisenzolles verloren geht, auf andere Weise wieder gewinnen können, das liegt im Schooß der Zukunft. Ich meine aber, wenn die Industrie weiß, daß so und so verfahren wird, so wird und kann sie sich darauf einrichten; sie wird die Differenz im Zoll teilweise in einer billigeren Produktion wiedergewinnen, teilweise werden auch die Preise nicht um den Zoll fallen. Mein Antrag hat aber noch einen andern Vorzug. Wenn sie nämlich den Zoll sehr bedeutend mindern, wie es z. B. durch den österreichischen Handelsvertrag um 2½ Sgr. geschehen ist, so fällt der Preis, wie die Erfahrung gezeigt hat, ganz genau um diesen Zollmäßigungsbetrag; nach dem Handelsvertrage sank der Preis demgemäß um nahezu 10 Prog. Erst durch die günstigen Konjunkturen in der zweiten Hälfte des vorigen und im Anfange dieses Jahres hat der Preis wieder die Höhe erreicht, die er vor der Zollmäßigung hatte. Ohne die Aussicht auf den Eintritt günstiger Konjunkturen kann man also eine starke Zollreduktion nicht vornehmen; denn auf eine große Zollermäßigung würden sofort grobe Spekulationen gegründet werden und der Produzent hätte dann nicht bloss den Nachtheil der Ermäßigung des Zolles zu tragen, sondern auch noch mit der Spekulation und einem überfüllten Markt zu kämpfen. Bei kleinen Ermäßigungen des Zolles aber werden nur geringe Preisschwankungen eintreten, welche die Spekulation nicht anlocken. Dr. Miquel wunderte sich, daß ich als „erfahrenen Geschäftsmann“ einen Vorschlag, wie ich ihn proponirt habe, machen könnte. Bei dem bedeutenden Interesse, das ich bei der Sache habe, sollte er mir zutrauen, daß dieses Interesse meinen Blick in dieser Erwägung ganz besonders gecharft hat. Ich habe in meinem Leben die Erfahrung gemacht, daß ein ganz ähnliches Prinzip, wie das von mir vorgeschlagene, durchgeführt wurde. Im Jahre 1832 war in dem Kongreß der Verein Staaten der Kampf zwischen Schutzzoll und Freihandel so lebhaft, ja vielleicht noch heftiger als hier. Dieser Kampf führte zu dem Kompromiß, daß bis zum 1. Januar 1838 prozentweise in vier Raten die Zölle ermäßigt werden und dann ganz wegfallen sollten. Auf Grund dieses Kompromisses wurde der Frieden zwischen Schutzzoll und Freihandel geschlossen, und das Resultat war, daß jedesmal, wenn die Ermäßigung eintrat, der Preis gerade um die Höhe der Ermäßigung stieg. Deshalb bitte ich, daß Sie gegen die Eisenproduzenten die Billigkeit und Rücksicht wollen gelten lassen, die in meinem Antrage liegen; Sie werden dadurch der Eisenindustrie in dem deutschen Vaterlande zu immer größerer Blüthe die Wege öffnen. Die Preise werden nicht sinken und Einwürfe, wie, daß die Industrie bei den Ermäßigungen zu Grunde gehen werde, werden sich als unbegründet erweisen. Hierach rath ich von der Annahme des Hoverbeck'schen Antrages ab und bitte um die Annahme des meinigen.

Abg. Stumm: Ich bestreite die Prämissen des Hrn. Vorredners zu seinem Antrage und erläute mich demgemäß auch gegen den Antrag selbst. Die deutsche Eisenindustrie ist gar nicht in der Lage, ein besonderes Wohlwollen von Ihnen zu verlangen. Was Sie verlangen kann, ist die Eröffnung des ausländischen Marktes in derselben Weise, wie für andere Industriezweige. Durch die Herabsetzung des Roheisenzolls von 7½ auf 5 Sgr. hat

die Roheisenfuhr um mehr als eine Million Bentner zugenommen. Dadurch ist die Eisenindustrie in ihrem Bestande benachtheilt. Vergegenwärtigen Sie sich nur die Wirkung einer weiteren einseitigen Herabsetzung des Zolles bezüglich Luxemburgs. Das Landchen lebt wesentlich von der Roheisenproduktion und betreibt dieselbe unter gleichen Bedingungen mit seinen beiden Nachbarn, mit Belgien und Frankreich. Ermäßigen Sie den Roheisenzoll auf 2½ Sgr. oder heben ihn ganz auf, so wird Luxemburg mit seinen beiden Nachbarn auf dem deutschen Markt konkurrieren müssen. Das wird es in nicht ganz günstigen Seiten nicht aushalten können. Die Anträge Hoverbeck und Meier bedeuten demnach nichts Anderes, als daß Luxemburg nach dem einen Antrage 1873, nach dem andern 1874 aus dem Zollverein auszuscheiden habe. 1867 war die Sympathie der industriellen Partei in Luxemburg für Norddeutschland nur gering; diese Sympathie wird nicht wachsen, wenn Sie jetzt von jener Partei geradezu Unmögliches verlangen. Meiner Ansicht nach sind die Herren der Eisenindustrie vollständig berechtigt zu fordern, daß wir in unsern Beschlüssen nicht weiter gehen, als wir im v. J. gegangen sind. Ich werde deshalb selbst gegen meine volkswirtschaftliche Überzeugung für die Herabsetzung des Zolles auf Stadeisen und für die Aufrechterhaltung unseres vorausbringen Beschlusses bezüglich des Roheisenzolls stimmen. Wollten wir diesen Beschluß heute umstoßen, so würden wir dadurch das Zollparlament in seiner Sitzung schädigen. Dieseßen Beschluß unverändert zu lassen, dazu müssen uns außerdem das Dekret vom 9. Januar 1870 in Frankreich und die Ergebnisse der französischen Enquête veranlassen, die beweisen, wie großen Werth man in Frankreich auf die Einfuhr in die Nachbarstaaten legt. Der Accent in Hoverbeck's und Meiers Antrage ruht darauf, daß der Roheisenzoll früher oder später ganz wegfallen soll. Durch Ihre Annahme würden wir demnach künftigen Parlamenten eine Direktive geben, wozu ich uns in den letzten acht Tagen unserer Existenz doch nicht für befugt halten möchte. Sie werden sagen: Die künftigen Parlamente können ja unsern Beschluß abändern. Gewiß! Aber Sie können es nur mit Zustimmung der Regierungen. Kommt also ein Parlament nach uns, dessen Majorität eine andere Ansicht hat, als wir, so wäre dies durch unsern Beschluß vollständig in die Hände der Regierungen gegeben. Das zu wollen, dagegen straubt sich mein konstitutionelles Gewissen. (Heiterkeit links) Demnach würde ich den Hoverbeck'schen Antrag immer noch dem Meiers vorziehen, dessen Wirkung sich auf mehrere Parlamente bezieht und der durch seine alljährliche Ermäßigung um 1 Sgr. einen ganz unklaren Zustand für die Eisenindustrie herbeiführen wird. Ich bitte Sie aber im Interesse dieses Hauses, beide Anträge abzulehnen und mit mir, der ich den Vorschlag der Vorlage als einen Kompromiß ansehe, für die Herabsetzung des Stadeisenzolls, aber gegen die des Roheisenzolls zu stimmen.

Präsident Delbrück: Als im vorigen Jahre die gleiche Frage uns hier beschäftigte, waren die Regierungen nicht in der Lage, einer Aufhebung oder Ermäßigung des Roheisenzolls sich anzuschließen zu können, und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil über die Wirkungen des Handelsvertrages mit Österreich, der ja gleichfalls eine Ermäßigung des Zolles auf Roheisen enthielt, noch keine bestimmten Nachrichten nach irgendwelcher Seite hin vorlagen. Bei der Vorberatung der gegenwärtigen Vorlage im Bundesrat ist allerdings auch diese Frage Gegenstand der Erwagung geworden, man ist aber schließlich zu dem Resultate gekommen, Ihnen einen hierauf bezüglichen Vorschlag nicht zu machen. Entscheidend war dabei natürlich ein Gesichtspunkt. Die Regierungen sahen es für ihre Aufgabe an, sich, soweit es die Verhältnisse irgend zuließen, an die Ergebnisse der vorjährigen Beratung zu halten, und in dieser ist ja sowohl die Aufhebung wie die Ermäßigung des Roheisenzolls abgelehnt worden. Die Regierungen würden geglaubt haben, die Verständigung über die Tarifvorlage zu erschweren, wenn sie die Frage der Ermäßigung des Roheisenzolls in den Kreis der Vorlage hineingeogen hätten. Es kam außerdem hinzü, daß die Welt seit dem Abschluß des Handelsvertrages mit Österreich auch jetzt noch immerhin eine zu kurze ist, als daß sich schon bestimmte Überzeugungen über die Wirkungen der damaligen Stadeisenmäßigung hätten bilden können. Ich knüpfe hieran eine Bemerkung, die ich allerdings nicht aus der Beratung des Bundesrates herleiten kann. Sie betrifft die Frage des Schellonements. Ich glaube diesen Modus des Vorgehens, wie ihn die Herren v. Hoverbeck und Meier vorschlagen, nicht empfehlen zu können, und zwar fasse ich dabei lediglich die materielle Frage ins Auge. Der Zweck, den die Antragsteller mit ihrem Vorschlag verfolgen, ist gewiß nur anzuerkennen. Sie wollen einmal das Prinzip entscheiden, wollen aber auf der anderen Seite auch den Industrien Zeit lassen, um sich auf diese vollständige Stadtfreiheit vorzubereiten. Aber weder der eine noch der andere wird auf diesem Wege erreicht werden. Ich habe schon den Schellonements, die in dem deutsch-französischen Handelsvertrag vorkommen, keinen besondern Beifall abgewinnen können, indessen waren dieselben damals indiziert dadurch, daß die französisch-englische Konvention solche Schellonements enthielt und dann auch, um manche Unruhigkeiten der vereinseitlichen Industrie zu mildern. Sie unterschieden sich aber in einem ganz entscheidenden Punkte von den hier in Vorschlag gebrachten Schellonements: sie waren nicht rückgängig zu machen, nachdem sie einmal genehmigt waren, mußten sie mit der Zeit eintreten. In anderen Staaten sind Schellonements eingetreten bei Finanzzöllen, und zwar um den Regierungen das Aufhören einer Einnahme nicht durch die Möglichkeit des Aufhörens allzu empfindlich zu machen. Auch das ist eine Analogie, die hier nicht in Betracht kommt. Der Herr Abg. Meier erwähnt auch der Anwendung eines solchen Schellonements in den Vereinigten Staaten; mir ist davon nichts bekannt, wenn ich natürlich auch weit entfernt davon bin, die Sache in Zweifel zu ziehen. Ich will auch zugeben, auf rein wirtschaftlichem Gebiete kann ein Schellonnement wünschenswerth sein, als ein von allen Seiten akzeptirtes, angenommenes Kompromiß unter den Parteien. Als ein solches kann es eine ähnliche Garantie der Stabilität in sich tragen, wie ein Vertrag zwischen zwei Mächten. Nun, m. h. ich zweifle aber, auch wenn ich die Rede des Hrn. Abgeordneten Stumm nicht vorher gehört hätte, daß die von den Abg. v. Hoverbeck und Meier vorgeschlagenen Schellonements hier aufgezehrt werden könnten, als ein Kompromiß, an welchen beide Theile festzuhalten entschlossen sind. Ich glaube, es wird das Gegenteil der Fall sein. Ist das aber richtig, so fürchte ich, daß für alle beteiligten Industrien aus einem solchen Beschluß nicht ein Friede, sondern ein dauernder Krieg erwachsen wird. In einer Frage, in der die Meinungen so getheilt sind, wie in dieser, auf die so viele verschiedenartige Momente einwirken, fürchte ich, wird jedes Jahr von Neuem von einer oder von der anderen Seite ein Antrag gestellt werden. Dann erreicht aber das Schellonnement das Gegenteil von dem, was es beweckt, es erweckt, sei es Hoffnung, sei es Befürchtungen, die in jedem Jahre von Neuem in Frage gestellt werden können.

Abg. v. Unruh: Wenn Jemand selbst Produzent in irgend einem Industriezweige ist, so ist es sehr begreiflich, wenn er in Bezug auf denselben als Schutzzöller auftrete; die Ausführungen des Abg. Stumm dadurch abzuwickeln, daß man ihnen als Motiv Privatinteressen unterlege, müsse er zurückweisen. Wollt man auf diese Weise weiter gehen, so könne man dem Abgeordneten v. Unruh mit gleichem Rechte den Vorwurf machen, er habe die Aufhebung des Roheisenzolls nur vertheidigt, weil er als Konsument bedeutender Quanitäten von Eisen dieses Material billig gemacht haben möchte. Mit der vermehrten Einfuhr des Jahres 1869 sei allerdings gleichzeitig auch der Export gewachsen, dieß Thatache spreche aber gegen den Vorredner, denn die Ausfuhr sei nur nach Österreich, wo man den Zoll herabgesetzt habe, nicht aber nach Frankreich gegangen. Wenn der Vorredner durch seine Ausführungen einen Beweis von großer Bescheidenheit in seinen Behauptungen habe geben wollen, so sei er darin sehr unglücklich gewesen, denn der Vorwurf eines Mangels an Beweisen treffe diesen mindestens ebenso wie ihn selbst. Wenn er die Opfer herzäle, die die geschädigten Industrien dem Staate kosteten, so beweise er gar nichts; bei derartigen Berichtigungen dürfe man nicht von heute auf morgen rechnen, sondern müsse die ganze volkswirtschaftliche Entwicklung im Auge behalten, die die aufgewendeten Kosten später dem Staate mit reichen Sinsen zurückzestatten. — Die Wissenschaftlichkeit habe er der Volkswirtschaft nicht abgesprochen, sondern nur behauptet, dieselbe habe keine absolute Wahrheit, und diese Behauptung erhalte er aufrecht. Es könne heute volkswirtschaftlich etwas durchaus richtig sein, was morgen falsch sei. Die Errichtung von Kornmagazinen werde bei der gegenwärtigen Entwicklung des Kornhandels jeder für einen Unfall halten; zu der Zeit, als der letztere noch in den Windeln lag, war sie eine zweckmäßige Maßregel. Cobden sei keineswegs ein bloßer Theoretiker, sondern ein sehr praktischer Engländer gewesen, der das Verdienst gehabt, gerade zu der Zeit das Freihandelsystem zu proklamieren, wo die industriellen Verhältnisse dafür genügend wahren waren. — Wenn er bei Erwähnung der Broschüre von Prince Smith die Achseln geuckt habe, so sei es nicht wegen des Verfassers geschehen, sondern wegen

sich auch der Export vermehrt hat, eine Schädigung unserer Industrie also durchaus nicht nachgewiesen ist. Der Abg. Miquel, der trotz seiner Erfahrung, kein Schutzzöller zu sein, sich neulich als einen der eingestiegenen Anhänger des Schutzzollsystems gezeigt hat, hat in seiner letzten Rede eine solche Menge unwichtiger Thatachen behauptet, daß ich lebhaft bedauerte, durch den Schutzzoll des Schlusses der Debatte an einer sofortigen Erwidерung gehindert zu sein. So erklärte er, es sei allgemein anerkannt, daß man auf dem Wege theoretischer Deduktion in der Volkswirtschaft nicht zur Wahrheit gelangen könne; mit der Theorie lasse sich ebenso gut die Richtigkeit des Freihandels, wie des Schutzzollsystems nachweisen. Ist denn der Abg. Miquel der Meinung, daß die Volkswirtschaft gar keine Wissenschaft sei? leugnet er die gewaltigen Fortschritte, die man in neuester Zeit auf dem Gebiete dieser Wissenschaft gemacht, vollständig? Freilich ist die Volkswirtschaft eine Erfahrungswissenschaft, darum aber steigen ihre theoretisch entwickelten und durch die Statistik geprüften Sätze nicht weniger unerschöpflich fest wie mathematisch bewiesene Wahrheiten. Glaubt denn der Abg. Miquel, daß Cobden ein reiner Theoretiker gewesen sei, der ja nach Bedürfnis ebenso gut den Schutzzoll wie den Freihandel hätte vertheidigen können? Wäre er nur das gewesen, es wäre ihm schwer geworden, den Kaiser Napoleon zu überreden, das System des Schutzzolls fallen zu lassen; Napoleon selbst sah aber ein, daß er, um das Land fähig zu machen, die großen ihm zugewandten Lasten zu tragen, zu einem neuen, die Kräfte der Bevölkerung freier entfesselnden Systeme übergeben müsse. Der Abg. Miquel kennt nur den Gegensatz zwischen einheimischer und fremder Industrie und über sieht dabei ganz den andern Gegensatz von Produzenten und Konsumenten. Daß die ersten ihre Interessen selbst recht gut zu vertheidigen wissen, das beweisen sie Ihnen zur Genüge; Ihnen gegenüber aber steht die große Masse der Konsumenten, das Volk, der Staat, und deren Rechte hier zu wahren ist unsere Pflicht. Der Abg. Miquel erklärte, wer nicht wisse, daß jede Industrie erst durch den Schutzzoll gehegt und gepflegt werden müsse, um sich später günstig entwickeln zu können, der verstehe von volkswirtschaftlichen Fragen überhaupt nichts. Die Rücksicht dieser Behauptung erinnerte mich an einen Berliner Volkswitz: „Bescheidenheit ist eine Bier, doch weiter kommt man ohne — sit.“ (Große Heiterkeit.) Dem Abg. Miquel kann es doch nicht fremd sein, daß Hand in Hand mit der Eisenindustrie die Koblenzindustrie die Konkurrenz verhindern will, die eine allmähliche Ermäßigung um 1 Sgr. einen ganz unklaren Zustand für die Eisenindustrie herbeiführen wird. Ich bitte Sie aber im Interesse dieses Hauses, beide Anträge abzulehnen und mit mir, der ich den Vorschlag der Vorlage als einen Kompromiß ansehe, für die Herabsetzung des Stadeisenzolls, aber gegen die des Roheisenzolls zu stimmen.

Präsident Delbrück: Als im vorigen Jahre die gleiche Frage uns hier beschäftigte, waren die Regierungen nicht in der Lage, einer Aufhebung oder Ermäßigung des Roheisenzolls sich anzuschließen zu können, und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil über die Wirkungen des Handelsvertrages mit Österreich, der ja gleichfalls eine Ermäßigung des Zolles auf Roheisen enthielt, noch keine bestimmten Nachrichten nach irgendwelcher Seite hin vorlagen. Bei der Vorberatung der gegenwärtigen Vorlage im Bundesrat ist allerdings auch diese Frage Gegenstand der Erwagung geworden, man ist aber schließlich zu dem Resultate gekommen, Ihnen einen hierauf bezüglichen Vorschlag nicht zu machen. Entscheidend war dabei natürlich ein Gesichtspunkt. Die Regierungen sahen es für ihre Aufgabe an, sich, soweit es die Verhältnisse irgend zuließen, an die Ergebnisse der vorjährigen Beratung zu halten, und in dieser ist ja sowohl die Aufhebung wie die Ermäßigung des Roheisenzolls abgelehnt worden. Die Regierungen würden geglaubt haben, die Verständigung über die Tarifvorlage zu erschweren, wenn sie die Frage der Ermäßigung des Roheisenzolls in den Kreis der Vorlage hineingeogen hätten. Es kam außerdem hinzü, daß die Welt seit dem Abschluß des Handelsvertrages mit Österreich auch jetzt noch immerhin eine zu kurze ist, als daß sich schon bestimmte Überzeugungen über die Wirkungen der damaligen Stadeisenmäßigung hätten bilden können. Ich knüpfe hieran eine Bemerkung, die ich allerdings nicht aus der Beratung des Bundesrates herleiten kann. Sie betrifft die Frage des Schellonements. Ich glaube diesen Modus des Vorgehens, wie ihn die Herren v. Hoverbeck und Meier vorschlagen, nicht empfehlen zu können, und zwar fasse ich dabei lediglich die materielle Frage ins Auge. Der Zweck, den die Antragsteller mit ihrem Vorschlag verfolgen, ist gewiß nur anzuerkennen. Sie wollen einmal das Prinzip entscheiden, wollen aber auf der anderen Seite auch den Industrien Zeit lassen, um sich auf diese vollständige Stadtfreiheit vorzubereiten. Aber weder der eine noch der andere wird auf diesem Wege erreicht werden. Ich habe schon den Schellonements, die in dem deutsch-französischen Handelsvertrag vorkommen, keinen besondern Beifall abgewinnen können, indessen waren dieselben damals indiziert dadurch, daß die französisch-englische Konvention solche Schellonements enthielt und dann auch, um manche Unruhigkeiten der vereinseitlichen Industrie zu mildern. Sie unterschieden sich aber in einem ganz entscheidenden Punkte von den hier in Vorschlag gebrachten Schellonements: sie waren nicht rückgängig zu machen, nachdem sie einmal genehmigt waren, mußten sie mit der Zeit eintreten. In anderen Staaten sind Schellonements eingetreten bei Finanzzöllen, und zwar um den Regierungen das Aufhören einer Einnahme nicht durch die Möglichkeit des Aufhörens allzu empfindlich zu machen. Auch das ist eine Analogie, die hier nicht in Betracht kommt. Der Herr Abg. Meier erwähnt auch der Anwendung eines solchen Schellonements in den Vereinigten Staaten; mir ist davon nichts bekannt, wenn ich natürlich auch weit entfernt davon bin, die Sache in Zweifel zu ziehen. Ich will auch zugeben, auf rein wirtschaftlichem Gebiete kann ein Schellonnement wünschenswerth sein, als ein von allen Seiten akzeptirtes, angenommenes Kompromiß unter den Parteien. Als ein solches kann es eine ähnliche Garantie der Stabilität in sich tragen, wie ein Vertrag zwischen zwei Mächten. Nun, m. h. ich zweifle aber, auch wenn ich die Rede des Hrn. Abgeordneten Stumm nicht vorher gehört hätte, daß die von den Abg. v. Hoverbeck und Meier vorgeschlagenen Schellonements hier aufgezehrt werden könnten, als ein Kompromiß, an welchen beide Theile festzuhalten entschlossen sind. Ich glaube, es wird das Gegenteil der Fall sein. Ist das aber richtig, so fürchte ich, daß für alle beteiligten Industrien aus einem solchen Beschluß nicht ein Friede, sondern ein dauernder Krieg erwachsen wird. In einer Frage, in der die Meinungen so getheilt sind, wie in dieser, auf die so viele verschiedene Momente einwirken, fürchte ich, wird jedes Jahr von Neuem von einer oder von der anderen Seite ein Antrag gestellt werden. Dann erreicht aber das Schellonnement das Gegenteil von dem, was es beweckt, es erweckt, sei es Hoffnung, sei es Befürchtungen, die in jedem Jahre von Neuem in Frage gestellt werden können.

der Annahme des Vorredners, daß er das Buch nicht kenne. — Bekreutet könne er sich allerdings mit den Theorien der Manufakturkämmer keineswegs, die ihren Fanatismus so weit treiben, daß sie lieber den Staat als ihre Glaubenssätze opfern. Den Gegensatz von Produzenten und Konsumenten erkenne er vollständig an, sei aber überzeugt, daß die Landwirtschaft als vornehmster Konkurrent für Eisen ein viel größeres Interesse an bevölkerten industriellen Städten als an billigen Eisenpreisen habe. Die Parallele mit der Gewerbefreiheit spreche nicht für den Vorredner, denn auch auf diesem Gebiete habe nur eine ganz allmäßige Entwicklung, wie er sie für das Zollsystem wünsche, stattgefunden. Zur Zeit sei die Konjunktur für Aufhebung des Roheisenzolls so ungünstig als möglich, er bitte die Anträge deshalb für jetzt abzulehnen.

Ein Antrag auf Vertragung wird abgelehnt, dagegen der Schluß der Debatte angenommen, ohne daß Hoverbeck als einer der Antragsteller überhaupt zu Worte gekommen ist. Dieser Umstand veranlaßt Grumbrecht sein Amendum zum Hoverbeck'schen Antrage zurückzuziehen, um die Abstimmung nicht noch weiter zu verzögern. Berichtiglich demeint Abg. v. Unruh, daß er ein persönliches Interesse in dieser Frage nicht vertrete, da die Fabrik, der er vorstehe, auch nicht einen einzigen Bentiner Roheisen verarbeiten; worauf Abg. Stumm entgegnet, daß die Fabrik trotzdem, daß sie das Eisen in anderer Gestalt verarbeiten, gegen die Roheisenpreise nicht gleichgültig sein könne. — Abg. Bamberg will die Berufung auf die interessierte Sachverständigkeit der Herren Fabrikanten nicht gelten lassen. Max kennt schon zur Genüge die Cavalcade, die zu dem einen Thor hinein- und zum andern hinausreite. Wer aber nicht persönlich erschiene, das sei der Konsument; ihn zu vertreten, sei vornehmlich Sache des Parlaments. Leider lasse der Schluß der Diskussion eine Bedeutung der Sachlage in Frankreich und Luxemburg nicht mehr zu. — In nemaliger Abstimmung wird der Antrag v. Hoverbeck's mit 125 gegen 113 Stimmen abgelehnt, desgleichen der Antrag Meyer mit 120 gegen 116 Stimmen. — Darauf verzagt sich das Haus nach 4 Uhr bis Dienstag 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.)

## Generalversammlung des Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei.

Berlin. Am Freitag Abend fand im Saale des Handwerkervereins die Generalversammlung des Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei statt. Die Tribünen für die Zuhörer waren stark gefüllt, und im Saale befanden sich ca. 500 Mitglieder, darunter eine Anzahl von Abgeordneten. Um 8 Uhr eröffnete der Abg. Dr. Löwe-Calbe die Versammlung mit einer längeren Ansprache, in welcher zunächst die Gründe dargelegt wurden, welche den Vorstand und Ausschuß bestimmt haben, die Einberufung der Generalversammlung bis zum Frühjahr zu verschieben. Es sei dies aus Zweckmäßigkeit, gründen wegen der bevorstehenden Wahlen geschoben. Was die Lage des Vereins betreffe, sei sei der selbe an Zahl der Mitglieder nicht gewachsen, im Gegenteil lasse manches fürchten, daß die Mitgliederzahl sich verringernt habe. Einen Theil der Schuld könne man der Schwierigkeit der politischen Lage und der allgemeinen Läufigkeit beimessen, ein anderer Theil der Schuld sei aber auch der mangelhaften Organisation zuzuschreiben, welche nach den Wahlen zu einer ernsten Beratung über die Reorganisation des Vereins führen werde. Auf der anderen Seite seien die Schwierigkeiten, welche das Vereinssatz einer vollständigen Organisation in den Weg lege, mit in Ausschlag zu bringen, um ferner habe sich der in der letzten Generalversammlung angenommene Antrag, den Beitrag herabzuzügen, als ein Fehler erwiesen; der Extrakt der Beiträge habe kaum ausgereicht, für die Lokalbedürfnisse des Vereins zu sorgen. Die Fortschrittspartei sei sich bewußt, das bestimmte Ziel, welches dieser Partei eigen sei, nie aus den Augen verloren zu haben, nämlich das Erstreben der Freiheit für das Individuum und die Erringung der freien Selbstbestimmung für die Nation. Die Partei habe sich niemals den Hoffnungen hingegeben, die ein Theil der alten Freunde an die Veränderungen von 1866 geknüpft habe, daß nun mit dem Siege der Gewalt die Größe der Nation hergestellt werden könne, aber man sei auch ebenso fern davon geblieben, sich dem Pessimismus zu ergeben, vielmehr habe man sich gefragt: wir halten fest an dem Staatswesen, das noch am Absolutismus frant, auf dem Wege der regelmäßigen Entwicklung in das Gebiet der Freiheit führen, und durch ein freies Volk ein großes Reich erstreben. Diesen Grundzügen entspreche das vorgelegte Programm. Die Partei besteht jetzt 9 Jahre, sie habe ihre Geschichte hinter sich, sowohl die Zeit ihrer großen Entwicklung wie die der Niederlage und beides sei in dem Programm bestimmt ausgesprochen. Aus den neuen Provinzen sei der Auf gekommen, die Partei in der Weise zusammenzufassen, besonders für die Wahlarbeit, daß auch diejenigen ein leichtes und schnelles Verständnis für die gegenwärtigen Aufgaben gewinnen könnten, welche nicht die ganze Entwicklung der Partei mit durchgemacht hätten. In diesem Sinne sei man an das Programm herangetreten, nicht um es zu ändern, sondern nur um die Punkte voranzustellen, um die es sich bei den nächsten Wahlen handelt. Dieselben lauten:

Für den Reichstag. I. Herstellung der deutschen Einheit auf friedlichem Wege; Erweiterung des Nordbundes zum deutschen Bundesstaate, deshalb Ausbildung der Bundesverfassung in freiheitlicher Entwicklung, besonders durch Einführung der Grundrechte und eines verantwortlichen Bundesministeriums in dieselbe, wie durch Gewährung der Diäten an die Abgeordneten. II. Verminderung der Militärlast durch Verringerung der Friedensarmee und Verkürzung der Dienstzeit. Unterstützung aller, auf allgemeine Abrüstung in Europa gerichteten Bemühungen. III. Keine Steuererhöhung, vielmehr Verminderung der bestehenden, zunächst durch Befreiung der die ärmeren Klassen vorzugsweise drückenden Verbrauchssteuern auf notwendige Lebensbedürfnisse. IV. Gleiches Recht für Alle! Allgemeines gleiches Wahlrecht wie im Bunde, so in den Einzelstaaten. Gleiche Möglichkeit zur humanen und bürgerlichen Ausbildung durch die freie und unentgeldliche Volkschule. Schutz für Leben und Gesundheit der Staatsbürger. Gewährung der vollen Freiheit und Rechtsicherheit des Vereinswesens. Abweisung jeder Ausbeutung des Staats für die Sonderinteressen einzelner Gesellschaftsklassen, mögen dieselben Seitens der bisher privilegierten Stände oder Seitens der sozialistischen Arbeiterparteien geltend gemacht werden.

Für das Abgeordnetenhaus. I. Volles Steuerbewilligungsberecht des Abgeordnetenhauses. II. Selbsterverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz. Verantwortlichkeit der Beamten vor dem Richter.

Der erste Punkt betreffe die deutsche Frage, wobei man für notwendig gehalten, anzugeben, in welcher Weise sie zur Entwicklung geführt werden könne. Der zweite Punkt, die Militärfrage, sei der Mittelpunkt der ganzen Wahlbewegung, und bilde zugleich das Einigungsband zwischen den verwandten Parteien, mit denen man bei den Wahlen zu operieren habe. Der dritte Punkt behandle die Steuerfrage, und man sei in diesem Augenblick im Zollparlament damit beschäftigt, diesem Punkte praktische Bedeutung zu geben. Die Verringerung der Steuerlast, besonders die Herablegung der Konsumsteuern werde als die Aufgabe der Partei bezeichnet. Mit der Aufführung des vierten Punktes, der sogenannten sozialen Frage, habe ausgedrückt werden sollen, daß der Staat durch seine Organisation die größten Mittel dafür darbietet und darbieten müsse, aber ebenso fern halte man sich auch von der einseitigen Ausbeutung dieser Staatsmittel, die den Gesamttheit angehörten, für einen bestimmten Stand. Für Preußen habe man sich in Rücksicht auf die Zusammensetzung des gegenwärtigen Ministeriums auf diejenigen Punkte beschränkt, von denen man wisse, daß sie zu den brennenden Fragen gehörten, und die in Folge des allgemeinen Einverständnisses in der nächsten Zeit zur Entscheidung gebracht werden müßten. Auf die Reform der Gemeinde-, Kreis- und Städte-Ordnung sei der Schwerpunkt bei der allgemeinen Wahlbewegung zu legen. Die Reform des Unterrichtswesens habe man nicht in das Programm aufgenommen, weil die Ansicht vorgeworfen, daß vor allen Dingen erst die Organe geschaffen werden müßten, in denen der Volkswille für die Unterrichtsorgane einen bestimmten Ausdruck zu finden habe, und um dazu zu gelangen, müsse die Organisation der Kreise und Gemeinden vorangehen.

Nach dieser Motivierung des Programms und nachdem die Versammlung unter dem vereinzelten Widerspruch des Hrn. Wilhelm die Genehmigung zu der statutenwidrigen Nichteinberufung der Generalversammlung ertheilt hatte, wurde die General-Diskussion eröffnet, an welcher sich die Herren Hoppe, von Hoverbeck und M. Wiggens beteiligten, welche letzteren die Ausführungen des Hrn. Hoppe bekämpften, welcher das Programm auf die Forderung eines „Reform-Ministeriums“ beschränkt wissen wollte. Diese Forderung werde dann erreicht werden, wenn das Programm zum Allgemeingut des Volkes geworden sei.

In der hierauf erfolgten Spezial-Diskussion stellt Hrn. Dumas zu Nr. I. das Amendum, die Worte: „Herstellung der deutschen Einheit“ bis „deutschen Bundesstaate“ zu streichen, weil 1) die Partei die Siebe zum Gesamtstaat hinlanglich bekannt habe, und 2) weil die deutsche Frage, wie bei

der Debatte über das Strafgesetz offiziell ausgesprochen worden, zur auswärtigen Politik gehören solle. Durch die Beibehaltung eines solchen Satzes lämme die Abgeordneten in die Lage, sich gewissermaßen bittend dem Grafen Bismarck gegenüberzustellen. Der Abg. Dunder vertheidigte die Beibehaltung dieses Satzes und führte aus, daß mit der Aufnahme desselben keine Konsequenz begangen werde, sondern ganz naturgemäß bei den alten Prinzipien stehen geblieben würde, und daß hierdurch die Fortschrittspartei sich auch von der in mancher Beziehung ihr verwandten Partei schaft unterscheide. Nachdem noch der Abg. Debmigke (Sachsen) und Dr. Langerhans für die ursprüngliche Fassung sich erklärt hatten, wurden bei der Abstimmung sämtliche Amendements, welche von den Hrn. Dumas, Horn und Rothmann gestellt worden, abgelehnt und Nr. I. unverändert angenommen.

Den zweiten Punkt, die Militärfrage, erörterte der Abg. v. Hoverbeck in längerer Rede. Derfelbe verlangte Aufnahme des Militärbudgets in das Gesamtbudget, ein Rekrutierungsgesetz und warnt vor Einführung des Stellvertretungssystems. Nur durch Regelung des Militärbudgets und Verringerung der Dienstzeit könne die Steuerlast beseitigt werden. Das Institut der Einjährig-Freiwilligen müsse bestehen bleiben der Landwehr-Offiziere wegen, doch auch dies Verhältniß geregelt werden, in gleicher Weise das Militärsatzgesetz, das Votum bei den Offizierwahlen müsse aufhören, wie überhaupt die Ausnabmetstellung des Militärs, und hauptsächlich dürfen die Bestrebungen für die Abrüstung nicht aufgegeben werden u. s. w. Der Abg. Wiggens wies in einer Reihe von Zahlen in Bezug auf die finanzielle Seite des Militärsystems nach, in welchem Maße die auf den Militäretat verwen deten Summen dem Nationalwohlstande zu Gute kommen würden und im Anschluß hieran führte der Abg. Eberty aus, daß der erste Schritt, derartige Erspartungen zu machen, in England bereits geschehen sei. Nr. II. wurde hierauf unter Ablehnung aller Amendements unverändert angenommen. Die Annahme von Nr. III. erfolgte ohne Diskussion, und Nr. IV. wurde nach längerer Debatte mit der von Dr. Stort beantragten Veränderung angenommen: „Gleiche Möglichkeit zur humanen und bürgerlichen Ausbildung durch Freiheit des Unterrichts und Übernahme der Kosten der Volkschule auf den Haushaltsetat der Gemeinde und des Staats.“ Die Abgeordnetenhaus betreffenden beiden Punkte wurden, da mittlerweile Mitternacht herangekommen war, ohne Debatte angenommen. Der Vorsitzende teilte dann noch mit, daß aus den westlichen Provinzen, besonders aus der Provinz Preußen, die volle Zustimmung zu dem Programm eingingen sei, auch die Provinzen Nassau und Schleswig-Holstein hätten sich auf Grund dieses Programms vollständig organisiert und Komitee's ernannt. Der schließlich von Dr. Hermes im Auftrage des zweiten Berliner Wahlbezirks eingebrochene Antrag, betreffend die Bildung eines Centralkomitee's durch den Vorstand und Ausschuß dieses Vereins für die bevorstehenden Wahlen wurde angenommen.

Der bisherige Vorstand des Vereins (Ebowe Calbe, Dunder, Runge), sowie der Ausschuß (Dr. Langerhans, Schulze-Delitzsch, Birchow, Dr. Beyer-Dortmund, Dr. Lappert, Ludorf, Parisius, Dr. Göschken, Dr. Moß-Hirsch, v. Hoverbeck, Dr. Schenk-Wiesbaden) wurden bei Schluß der Sitzung wieder gewählt und zugleich der neu gewählte Vorstand beauftragt, sich mit den Fraktionen der Partei im Reichstage und Abgeordnetenhaus in Verbindung zu setzen, um mit ihnen und durch Kooperation weiterer Parteigenossen in den Provinzen ein Zentralwahl-Komitee zur Organisation der Wahlen und zu der zu diesem Behufe notwendigen planmäßigen Beschaffung von Geldmitteln zu bilden. Auch teilte der Vorsitzende mit, daß das aufgestellte Programm bereits in sämtlichen Provinzen, namentlich in Ost- und Westpreußen angenommen sei, das Nassau sich auf Grund dieses Programms vollständig organisiert und bereits Komitee's und Kandidaten in sämtlichen Bezirken aufgestellt habe, daß endlich auch die Majorität der liberalen Partei in Schleswig-Holstein dies Programm angenommen habe und daß diese Provinz, so schmerzlich sie auch die Form, in der sie in den preußischen Staaten eingefügt sei, beklage, dennoch vollständig teilnehme an allen Bestrebungen für die Freiheit des Vaterlandes. — Erst gegen 12 Uhr erreichte die Versammlung ihr Ende.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 3. Mai.

— **Unser Artikel** über die Theaterfrage hat der „Dziennik“ zum Theil mißverstanden. Wir sprachen die Möglichkeit, daß die hiesigen Theaterverhältnisse sich in Zukunft ändern könnten, nicht als Hoffnung aus, darauf begründet, daß die deutschen Verhältnisse sich vielleicht bessern werden, sondern gründeten vielmehr diese Eventualität auf den Besuch der Polen, ein eigenes Theater zu bauen. Die Polen, nicht die Deutschen, meinten wir, würden dazu beitragen, daß die jetzige Vereinbarung nur zu einem Provision rium würde.

— **Die Verlegung des Wollmarktes** von dem Alten Markt nach dem Sapiehaplatz war von der hiesigen Handelskammer befürwortet und von dem Postzirkularium beim Magistrat beantragt worden, da der Alte Markt und dessen Umgebungen für den in neuerer Zeit bedeutend gestiegenen und noch andauernd zunehmenden Wollmarktverkehr nicht mehr ausreichten. Es wurde der Vorschlag gemacht, daß zur Lagerung der Wolle in erster Linie der Sapiehaplatz und die Freischlacht, und erst in zweiter der Kanonenplatz, dessen Benutzung zunächst für dieses Jahr die Militärbehörde gestattet wurde, verwendet werden sollte; da überdies bereits in den letzten vergangenen Jahren große Mengen von Wolle im ehemaligen Salzmagazin lagen, so hätte sich demnach der ganze Wollmarkt in dem Stadttheile um den Sapiehaplatz konzentriert. Die Fuhren, welche von der Wallseite her nach dem Stadt kommen, sollten durch die Breite- und Wronkerstraße, die von dem Bildathore durch die Berg- und Wilhelmstraße, die vom Berliner Thore durch die Mühl- und Friedrichstraße, die vom Schillingthore durch die Kl. Gerberstraße nach dem Sapiehaplatz gelangen. Der Magistrat hat nun unter dem 26. April d. J. die Verlegung des Wollmarktes abgelehnt, indem er hervorhebt, daß die Passage vom Alten Markt durch die Wronker- und Krämerstraße zu eng sei, um noch die zahlreichen Wollmarktfuhren nach dem Sapiehaplatz hin aufnehmen zu können; überdies würde der der größte Theil derjenigen Wolle, welche zum hiesigen Wollmarkt gelange, auf der Stadtwaage gewogen, so daß der Alte Markt doch passirt werden würde. (Wie uns jedoch mitgetheilt wird, sind im vorigen Jahre von 30,000 Ztrn. Wolle, welche hierher gelangten, überhaupt nur gegen 4000 Ztr. auf den hiesigen Waagen, alles Uebrige auf den Bahnhöfen z. ge wogen worden; auch sollen die Wollmarktfuhren nicht die Krämer, sondern die Wronkerstraße und die Wronkerthor-Brücke passiren.) Überdies wird vom Magistrat hergehoben, daß die Benutzung des Kanonenplatzes während des Wollmarktes seitens der Militärbehörde zunächst nur für ein Jahr bewilligt worden sei, und außerdem dieser Platz durch anhaltenden Regen für schwere Wollmarktfuhren nicht passierbar werden würde; auch gewähre der Sapiehaplatz z. nebst den an denselben angrenzenden Hofräumen nicht mehr Platz zur Unterbringung von Wolle, als der Alte Markt nebst den benachbarten Strophen z. —

— **Günstlichkeit des Subalterndienstes** ist bei Gelegenheit einer von einer Bezirksregierung angeregten Frage entschieden worden, daß diejenigen Subalternen und Unterbeamten, welchen die Anstellungsfähigkeit durch Alerh. Erlass einmal verliehen ist, bei dem Aufrücken in höhere Amtsbeamten oder bei der Beförderung in eine höhere Stelle den Militär-Anwärtern völlig gleichstehen, so daß es bei derartigen Beförderungen eines neuern Alerh. Erlasses nicht bedarf.

— **Betrifft der Kontrolirung der Ausloosung** niedergelegter Wertpapiere im Bereich der altpreußischen Postverwaltung und De postal. Gelegbung ist neuerdings wiederum darauf hingewiesen worden, daß alle Postmänner, Kuratoren z. s. für deren Pflegebefohlene Staatspapiere, Renten- oder Pfandbriefe, Altien und ähnliche Wertpapiere in ge richtlichen Verwahnsamten aufbewahrt werden, so wie alle sonstigen Depostal-Behörden, welche bei der De postal-Verwaltung solcher Dokumente für ihre eigene Person beteiligt sind, die Verpflichtung haben, selbst ein wach sames Auge auf die zur öffentlichen Kenntniß kommenden Auslösungen, Kündigungen oder Konvertirungen solcher Papiere, ebenso auf die Verpflichtung der Binscoupons und deren Umsatz zu richten und bei eigener Verantwortung die entsprechenden Anträge wegen der Realisierung oder der sonst erforderlichen Maßregeln in Betreff derartigen Dokumenten, bei denen ihre Pflegebefohlenen oder sie selbst beteiligt sind, an das Gericht zu stellen haben.

— **Obertribunalentscheidung.** Die im Gesetz aufgezählten ver schiedenen Fälle eines einfachen Bankauflösens sind verschiedene selbstständige Handlungen. Umso oft eine Anlage mehrere solche Fälle und ist in erster Instanz nur in Betreff eines Theils derselben Verurtheilung erfolgt, so hat der Appella

tionsrichter bei einer nur vom Angeklagten eingelegten Appellation die durch Besprechung erledigten Fälle seiner Beurtheilung nicht zu unterziehen.

— **r. Wollstein, 1. Mai. [Postalisch. Baum pflanzen gen. Feuer-Ordnung.]** Bis jetzt hatten wir am Tage eine Postverbindung über Braunschweig und des Nachts über Alt-Bogen eine Postverbindung nach Breslau resp. Glogau. Mit dem heutigen Tage hört jedoch bei der Bahn-Bau-Wollstein-Poener Post des Nachts der Anschluß über Ralow nach Alt-Bogen auf. Dafür wird in Ralow nach Ankunft der Ururstadt-Bau-Wollstein-Poener Post um 12 Uhr 60 Minuten Mittags eine Personenpost zum Anschluß an den Nachmittagszug von Alt-Bogen nach Breslau abgelassen werden. Am Tage hat man von hier einen doppelten Anschluß nach Breslau, über Braunschweig oder Alt-Bogen; des Nachts hingegen gar keinen, was ein großer Uebelstand ist. — Den Bemühungen unseres Postalisch-Kommissarii gelingt es auf den Landstraßen des Distrikts Baum pflanzen anzulegen. Es werden größtentheils Kirschbäume zu den Pflan zungen verwendet. — Die von den Stadtbehörden zu Ururstadt der lgl. Regierung eingereichte Feuer-Lösch-Ordnung, behufs besserer Leitung und Handhabung des Feuer-Lösch- und Rettungswesens hat nunmehr die Be fügung erhalten.

## Vereine und Vorträge.

— In der Versammlung der volkswirtschaftlichen Gesellschaft, welche am Montag unter Vorsitz des Rechtsanwalts Hrn. Doktor stattfand, hielt Hrn. Redakteur Stein einen Vortrag über die Eisenzollfrage. Danach daiten die Bestrebungen zur Erzielung niedrigerer Eisenzölle in Deutschland bereits seit d. J. 1844 und wurde damals der Gingangszoll pro Str. Roheisen auf 10 Sgr. herabgesetzt; seitdem hat sich derselbe jedoch durch die Agitationen von verschiedenen Seiten, an deren Spitze besonders die großen Handelsstädte der Provinz Preußen standen, auf 5 Sgr. erniedrigt und ist nun zu hoffen, daß dieser Zoll baldig ganz wegfallen möge, obwohl in dem Geschenkwurf, bei der Abänderung des Bolltarifs vom 1. Juli 1856, welcher vom Zollbundestag dem deutschen Zollparlament vorgelegt worden ist (s. 6. Sitzung vom 29. April in Nr. 100 der Pos. Sig.), weder von einer Aufhebung noch Herabsetzung des Eisenzolls die Rede ist. Bereits ist die Agitation für Aufhebung des Roheisenzolls so mächtig geworden, daß selbst die Schugzöller denselben nur noch bedingungsweise aufrecht zu erhalten wagen. Soz. B. ist in den Petitionen, welche aus der Rheinprovinz und Westfalen gegen die Aufhebung des Roheisenzolls gerichtet worden ist, erklärt, erst nach 10 Jahren könne die dortige Eisenindustrie die Aufhebung des Soles ertragen, während die schlesische Eisenindustrie nach Angabe des Bergbaupräsidenten v. Sero vollig ohne diesen Schugzoll würde bestehen können. Wenn nun gegen die Aufhebung des Soles geltend gemacht wird, die inländische Eisenindustrie werde durch die Konkurrenz des billigeren englischen Eisens an Absatz verlieren, so haben dagegen die Gegner des Soles hervor, ein starker Verbrauch von ausländischen Eisen bedinge auch einen starken Konsum von inländischem Eisen, insoweit beide Eisenarten in ihrer Beschaffenheit nicht gleich seien und zu verschiedenen Zwecken verwendet würden. Überdies wird um so mehr Eisen verbraucht, je niedriger der Preis desselben ist, wie man dies deutlich an dem Beispiel Englands sieht. Auch kann man gegen die Aufhebung des Roheisenzolls nicht geltend machen, daß es uns an den nötigen Kommunikations-Mitteln behufs Verwertung der Produkte der Eisenhütten fehle, da sich in neuerer Zeit das Eisenbahn-Wesen bei uns ganz enorm gehoben hat und auch die Wasserstrafen bedeutend verbessert werden. Ebenso fehlt es uns weder an der nötigen Arbeitskraft, noch an der erforderlichen Intelligenz und dem Kapital, um auch ohne den Schugzoll die Einfuhrzölle auf diesem Gebiete die Konkurrenz der englischen Industrie bestehen zu können. Redner beantragte schließlich, der Verein möge eine Petition an das Zollparlament richten, daß dahin gehend, daß der Roheisenzoll völlig aufgehoben wird, die Zölle für Fabrikateisen bedeutend ermäßigt würden. — Hr. Doktortheilte alsdann interessantes statistisches Material, betreffend die Eisenzölle und den Eisenkonsum, mit. Danach wird bis jetzt für manche Eisen- und noch mehr für die Stahlwaren ein sehr hoher Gingangszoll erhoben, selbst bis 10 Thlr. für den Zentner (für Uhreden, Stahlfedern, Nähnadeln, Gewebe). Was ferner den Eisenbüttenbetrieb in Preußen und speziell in den Departements Breslau, Bromberg, Posen betrifft, so steht unter Departement in ganz auffallender Weise hinten, so z. B. werden erzeugt an Roheisen im ganzen Staate 16½ Millionen Zentner im Werthe von 21 Millionen Thlr., im Departement Breslau 3 Millionen Zentner, im Reg.-Bezirk Posen gar nichts; an Eisen-Guhwaren: 3 Millionen Ztr. im Staate, 650,000 Ztr. im Dep. Breslau, 12,500 Ztr. im Dep. Bromberg; an Stabeisen: 8 Millionen Ztr. im Staate, 1,5 Millionen im Dep. Breslau, 2600 Ztr. im Dep. Bromberg, 1170 Ztr. im Werthe von etwa 4500 Ztr. im Dep. Posen z. Wie haben in unserer Provinz demnach nicht die mindeste Veranlassung, uns für Beliebung der Schugzölle für die Eisenindustrie zu interessieren, da wir in den höheren Eisenpreisen nur eine Abgabe der Eisenzölle auf Gunsten der Bezirke, in denen die Eisenindustrie gehoben und geschürt werden soll, zahlen. Im Gegenthell müssen wir ein lebhaftes Interesse für die Aufhebung, resp. Erniedrigung der Eisenzölle hegen, einerseits als Konkurrenten, andererseits aber auch unserer Eisen-Fabrik-Industrie wegen, die nur dann emporblühen kann, wenn das Rohmaterial (Roheisen, Stabeisen etc.) denselben zu möglichst billig in Preise geliefert wird. Die Aufhebung, resp. Herabsetzung der Eisenzölle würde zur Folge haben, daß mancherlei Verbesserungen im Eisenhüttenbetrieb eingeführt würden, um die Konkurrenz des englischen Eisens aufzuhalten zu können, und würde schließlich auch dahin führen, daß der Staat, welcher gegenwä

zurückgegangen. Eine geringe Summe hat der Eingang von Datteln, Raffeln, Bimst und Thee erfahren. Eine bedeutend größere Vermehrung der Zufuhr ergab sich bei Wein in Fässern (von 197,000 auf 433,000 Btr.), bei Wein in Flaschen (von 45,000 auf 86,000 Btr.), bei Heringen (von 499,000 auf 617,000 Tonnen), bei Mühlenfabrikaten (von 2,197,000 auf 2,318,000 Btr.), bei getrocknetem Obst (von 222,000 auf 335,000 Btr.) dagegen ging die Einfuhr erheblich zurück: bei Kaffee (von 1,692,000 auf 1,627,000 Btr.), bei Kochsalz (von 995,000 auf 888,000 Btr.), bei unbedienten Tabakblättern (von 791,000 auf 613,000 Btr.) und bei Rohzucker für inländische Siedereien (von 208,000 auf 31,000 Btr.).

**Berlin.** Der Ausschuss des dritten Kongresses Norddeutscher Landwirthe trat am Mittwoch zu seiner zweiten Sitzung zusammen. Derselbe nahm zunächst den Regierungsbereich über das abgelaufene Geschäftsjahr entgegen und erhielt ihm die Genehmigung. In die bereits bestehende Genossenschaftskommission wurde an Stelle des verstorbenen Präsidenten Vize Herr Richter-Chemnitz gewählt. Sodann wurde eine Begebau-Kommission gebildet und als Mitglieder derselben die Herren Dr. Wiedens-Pogarth, Landes-Dekonomierath Griepenkögl (Braunschweig) Blügg-Speck, Röder-Lichtenberg, Landrat v. Meyer-Hölze gewählt. Der Ausschuss beschloß sodann, mit dem Central-Verein zur Hebung und Förderung der Deutschen Fluß- und Kanal-Schiffahrt in Verbindung zu treten und deputierte hierzu den stellvertretenden Vorstehenden v. Benda. Der Kongress norddeutscher Landwirthe wird, diesem Verein ebenso als Mitglied beitreten. Sodann sah der Ausschuss Beschlüsse, welche sich auf die Beschlüsse des Kongresses bezogen und genehmigte die Veröffentlichung eines von Herrn v. Benda entworfenen Kundschreibens als Erwideration auf zahlreiche an den Ausschuss eingegangene Anträge in Betreff der zwei Preis-

ausgaben, welche bekanntlich der Kongress gestellt hat.

**Johannistburg.** 26. April. Die hiesige Kreisbank ist durch ihren Direktor in keine angenehme Lage versetzt worden. Der Direktor, Gutebürger Lubinsky hier, hat — nachdem er Geldbeträge bis zur Höhe von 40,000 Thlr. gegen Wechsel aus der Kreditbank entnommen — sich als Zahlungsunfähig erklärt. Mehrere Mitglieder des Kredit-Instituts hatten dem sc. L. ihre Unterschriften zu den depositierten Wechseln gegeben und durften nun mehr erhebliche Verluste erleiden. Bei der zunächst erfolgten Revision der Bankkasse ergab diese noch ein Minus von 18,000 Thlr. (P. L. B.)

**Kassel.** Wie der Ob. Bzg. mitgetheilt wird, hat der Reichstags-Abgeordnete Meier (Bremen) das Projekt des norddeutsch-amerikanischen Labels in die Hand genommen; es dürfte also Ausicht zur Verwirklichung des Unternehmens gewonnen sein.

**Wien.** 2. Mai. Bei der heutigen Nummernziehung der 1860er Post fiel der Haupttreffer von 300,000 St. auf Nr. 4 der Serie 4840, der zweite Treffer von 80,000 St. auf Nr. 19 der Serie 10,494, der dritte Treffer von 25,000 St. auf Nr. 6 der Serie 14,368, 10,000 St. auf Nr. 5 der Serie 3792 und Nr. 9 der Serie 7600.

### Briefkasten.

Wir bitten Briefe und Einsendungen an die Redaktion nicht an den verantwortlichen Redakteur zu adressieren, denn da dieser verreist ist, würden sonst die Einsendungen bis zur Rückkehr derselben uneröffnet liegen bleiben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

### Gewinn-Liste der 4. Kl. 141. k. preuß. Klassen-Lotterie.

(Nur die Gewinne über 70 Thlr. sind den betr. Nr. in Parenthese beigefügt.)

Bei der heute beendetenziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

34 79 101 17 38 81 237 88 (100) 95 482 87 549 94 609 12 (100) 17 (1000) 882 911 (1000) 25 47 82 1056 72 150 (200) 95 315 54 402 (500) 9 76 96 565 668 752 57 820 72 88 907 2047 120 65 (100) 74 (1000) 286 97 (200) 367 608 38 738 818 (1000) 26 27 (1000) 58 916 3038 (500) 93 94 157 255 59 67 70 465 700 51 (100) 54 814 (500) 23 35 73 (1000) 930 (100) 86 45 54 (200) 4107 33 41 43 65 232 42 51 339 78 523 28 30 33 46 (500) 72 (100) 74 (200) 79 630 (200) 47 755 804 (500) 15 (100) 912 79 5255 84 85 93 98 349 (100) 444 (500) 586 628 34 49 78 710 31 80 82 (500) 901 6 14 34 6168 89 97 212 (1000) 88 350 58 67 424 31 515 (100) 623 52 717 818 87 38 51 (100) 56 903 14 54 62 7041 63 93 423 34 87 239 49 314 (100) 27 55 77 414 51 531 (100) 710 34 806 61 910 50 69 8052 138 (500) 99 (200) 268 83 301 (1000) 18 23 34 (500) 65 (100) 412 73 500 (100) 15 32 61 76 84 610 200 801 81 (100) 9008 53 94 (1000) 223 411 32 517 625 63 (100) 745 30 49 817 76 938 (100) 78 96.

10,010 67 72 163 269 368 77 78 633 37 721 61 884 (100) 36 61 11,050 59 137 56 71 222 (100) 47 70 98 334 426 67 83 545 (1000) 57 680 733 (100) 87 89 810 71 89 967 79 12,001 27 55 100 1 29 32 50 243 59 312 24 62 435 65 80 503 14 24 81 89 605 88 99 718 832 35 (500) 41 71 (500) 73 (100) 97 918. 13,000 15 (100) 95 134 44 306 61 88 88 473 81 609 16 (100) 704 61 829 981 84 14,094 108 (100) 15 46 (500) 215 50 306 10 85 (500) 99 (1000) 437 502 11 29 601 (200) 705 22 77 814 42 52 (100) 73 962 15,100 25 (500) 28 42 (100) 319 22 52 (1000) 70 96 406 69 99 531 76 88 605 10 (100) 12 85 781 39 814 52 975. 16,067 117 44 222 23 46 (200) 51 363 99 484 502 19 620 32 95 735 61 817 (200) 81 917. 17,050 169 221 (100) 328 53 (1000) 90 94 405 (100) 11 40 (1000) 511 (100) 35 77 684 707 50 59 817 803 96 (200) 18,026 93 185 226 (100) 38 316 17 87 631 711 (500) 35 48 828 33 938 87 19,039 141 16 35 37 201 (100) 11 42 72 362 67 81 531 (100) 602 39 71 96 808 907.

20,036 179 215 21 63 350 426 505 628 48 774 96 908 27 68 (100) 74 21,032 146 63 (1000) 72 203 61 (100) 64 83 546 62 96 821 936. 22,003 23 (200) 49 37 106 28 49 342 447 81 (1000) 518 600 40 767 72 93 842 46 905. 23,010 30 45 87 95 100 5 (100) 70 81 98 230 36 (200) 61 62 88 339 57 429 55 501 44 685 (200) 709 59 88 89 (100) 880 85 903 13 15. 24,019 40 50 72 90 121 34 54 79 81 (100) 230 49 81 (100) 389 527 46 672 (200) 89 912 24 (1000). 25,058 76 141 50 (100) 366 407 28 66 81 97 553 76 636 49 758 70 79 89 99 934. 26,038 128 229 83 41 300 506 8 89 618 74 749 77 809 12 923. 27,004 65

Aufforderung  
der Konkursgläubiger nach Festsetzung einer zweiten Anmeldungsfrist.

In dem Konkurs über das Vermögen des Handelmanns Victor Beyer aus Bielefeld zur Anmeldung der Forderungen der Konkursgläubiger noch eine zweite Frist bis zum 15. Mai 1870 einschließlich festgesetzt worden.

Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, sie mögen rechtsfähig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit vom 8. April 1870, bis zum Ablauf der zweiten Frist angemeldeten Forderungen ist

auf den 18. Mai 1870,

Vormittags 10 Uhr,  
in unserem Gerichtsgefängnis zu Posen vor dem Kommissar des Konkurses anberaumt, und werden zum Erscheinen in diesem Bericht die gesamtheitlichen Gläubiger aufgerufen, welche vom 1. Juli d. J. ab außerweit zu vermieten. Das Näherte bei Hrn. Szawelski, Mühlstraße Nr. 14b.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Gerichts-Bericht wohnt, muss bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis des und berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und an den Asten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechtsanwälte: Justizrat Niedenbürg u. Rechtsanwälte v. Breker, v. Trasska und Meyer zu Schwaltern vorgeschlagen.

Bielefeld, den 13. April 1870.  
Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Der Kommissar des Konkurses.

Das Haus, Königstraße 16, bestehend aus 9 herrschaftlichen Sämmern, Küchen, Bedientenwohnungen, nebst Stallungen, Remisen und Glashaus ist vom 1. Juli d. J. ab außerweit zu vermieten. Das Näherte bei Hrn. Szawelski, Mühlstraße Nr. 14b.

### Bekanntmachung.

Von den zur Errichtung der hiesigen Gasanstalt erzielten, auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 10. October 1853 ausgegebenen 4% Posen-Zeitungskommissionen sind heute folgende Nummern gezogen worden:

Litr. A. Nr. 57 über 500 Thlr.;  
Litr. B. Nr. 131, 228, 259 à 100 Thlr.;  
Litr. C. Nr. 12, 163, 269, 358, 545, 622 à 50 Thlr.;  
Litr. D. Nr. 7, 95, 332, 758, 787, 821, 885, 923, 939, 1141, 1271 à 25 Thlr.

Der Kennwert dieser Nummern kann nach dem 1. Juli d. S. bei unserer Kammerkasse erhoben werden.

Von den früher gelösten Obligationen werden folgende Nummern und zwar:

Litr. A. Nr. 35 über 500 Thlr.;  
Litr. B. Nr. 139 über 100 Thlr.;  
Litr. C. Nr. 22, 30, 90, 145, 189, 256, 302 à 50 Thlr.;  
Litr. D. Nr. 43, 49, 606, 621, 629, 637, 657, 696, 711, 723, 735, 835, 1031, 1044, 1133, 1157, 1229, 1256, 1263, 1387 à 25 Thlr.

wiederholt aufgerufen, mit dem Be-merken, daß die Valuta für diese Obligationen seit deren Amortisation auf Gefahr des

### Empfangsberechtigten und unver-

ziuset im Depositorium liegt.

Posen, den 2. Mai 1870.

Der Magistrat.

### Dringendes

### Arzt-Gesuch.

Für die Stadt Festenberg und deren bevölkerter Umgegend ist die

schleunige Niederlassung eines jungen

praktischen Arztes

und Geburtshelfers

dringendes Bedürfniss. Nähere Aus-

kunft ertheilt

Festenberg.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Bei öffentlichen meistbietenden Verpackungen des in dem städtischen Grundstücke Nr. 23 A hier selbst befindlichen Gasthauses auf 3 Jahre und zwar vom 1. Juli 1870 bis ult. Zum 1873 haben wir einen Termin auf

Freitag den 20. Mai cr.

Nachmittag 2 Uhr

in unserem Büro anberaumt, zu welchem Bachtflug mit dem Bemerkern hierdurch eingeladen werden, daß die Bachtbedingungen während der Dienststunden in unserem Büro zur Einsicht ausliegen. Als Bietungs-Garantie sind 50 Thlr. zu erlegen.

Pinne, den 27. April 1870.

Der Magistrat.

Weiss.

### Landgüter

jeder beliebigen Größe in der Provinz Posen günstig belegen, weise ich zum billigen Ankaufe nach.

Gerson Jarecki,

Magazinstr. 15 in Posen.

(100) 96 204 9 331 43 75 (100) 95 4 59 97 530 75 88 606 77	92 721 82 (100) 842 (100) 62 930 5 28,006 51 101 2 14 19 64	284 513 31 47 665 744 66 (1000) 70,815 (200) 77 (100) 86 998.	29,054 82 189 94 204 99 300 6 23 27 93 409 26 34	527 34 42 64 (500) 68 (1000) 7067 11 48 59 (200) 867 74	83 954 76. 30,016 57 (100) 78 135 229 34 428 58 78 92 509 34 (1000)	39 633 58 66 740 63 841 97 906 242. 31,063 68 132 (500) 45	235 374 401 (500) 93 511 69 69 702 835. 32,133 74 77	209 17 86 90 98 (200) 319 40 440 524 84 740 58 802 9 (100)	60 84 91 955 83. 33,002 39 63 84 142 (1000) 7

## Nachlaß-Auktion.

Freitag den 6. Mai, Vormittag von 9 Uhr ab, werde ich Friedrichstr Nr. 21 Parterre die zum Baurath Schintel gehörigen Häuser und Wirtschaftsgeräthe, Bett-, Kleidungsstücke, Bett- und Tischwäsche, Glas, Porzellan und Kupfergeschirr &c.  
Montag den 9. Mai, Vormittag von 9 Uhr ab, Mahagoni-ic Möbel als Tische, Stühle, Bettstücken, Kleider, Wäsch und Schreibspinde, Sofas, Spiegel, Ölgemälde, Uhren, 1 Klavier &c. öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Rychieński,  
königl. Auktionskommissarius.

## Eine Mühlenbesitzung, mit bedeutender Wasserkräft durchweg brillanten Verhältnissen, romantisch gelegen, von Berlin i. wen. Stunden zu erreichen, ist für 60,000 Thaler mit 10—20,000 Anzahlung billig zu kaufen.

Näheres kostet d. Herrmann Lesser, Berlin, Bauhof 1.

## Guts-Verkauf.

Ein im fruchtbaren Theile der Provinz Posen belegenes

## Gut von 1200 Hectar. Morgen

größtentheils Wetzgeboden, 90 Mrg. Wiesen ist zu verkaufen. Die Gebäude sind im besten Zustand, desgleichen das lebende und tote Inventar. Entfernung von der Chaussee  $\frac{1}{4}$  Meile, von der im Bau begriffenen Eisenbahn  $\frac{3}{4}$  Meilen. Anzahlung 20,000 Thlr. Hypotheken fest. Adressen sub C 1042. befördert an den Käufer die Annonenexpedition von Rudolph Mosse in Berlin, Friedrichstr. 60.

Viele günstige Pachtungen aus erster Hand erfahren Selbstpächter bei Herrmann Lesser, Berlin, Bauhof 1. u. a. empfiehlt sich 3500 i. Reg.-Bz. Stettin, mit gut. Boden bedeut. Wiesenverhältn. Pacht 2 Thlr.; erforderlich ca. 30.000 Thlr. 2) 11.500 Mrg. mit 100 Mrg. Wiesen in Pommern, brillantes Altergut Pacht 3 Thlr. erforderlich 10—15.000 Thlr. 3) ca. 2000 Mrg. (400 Mrg. Wiesen) in Schlesien, 20 Pf. 70 Kind, 1500 Schafe, Pacht  $\frac{1}{2}$  Thlr.; erforderlich 25 bis 30.000 Thlr.

Verkauf von Rittergütern der Provinz Posen. (Nr. 1035). 1700 Mrgn. Weizen- u. Gerstebed. I. u. II. Kl. incl. 168 Mrgn. gut. Bief., mit neu. u. maff. Geb. Preis: 90,000 Thlr. Anz. 30 mille. (881). 3000 Mrgn. Ader ( $\frac{2}{3}$  Kleefähig) u. 180 Mrgn. Bief., 80 Mrgn. Wald. Geb. maff. Intab.: nur Cassengelder. Preis: 186,000 Thlr. Anz. 30 mille. (1128). 1600 Mrgn. Ader (mild. Lehmbod.) incl. 170 Mrgn. Bief. Geb. maff. Schulden nur Pfandbr. Preis: 90,000 Thlr. Anz. 30 mille. (1150). 1550 Mrgn. Gerstebed. I. Kl. einschl. 300 Mrgn. vorzügl. Bief. (Musterwirtschaft). Geb. maff. Grundsteuer 166 Thlr. Preis: 110,000 Thlr. Anz. 30 mille. (889). ca. 2000 Mrgn. bei Posen incl. 60 Mrgn. schön. Bief. u. 65 Mrgn. Holz. Ader Hopfenbod. Geb. maff. Brennerei. Grundsteuer: 225 Thlr. Preis: 130,000 Thaler. Anz. 30 mille. 20jähr. Besth. (1164). 1500 Mrgn. (zu Gerste u. Weizen fähig) einschl. 50 Mrgn. Bief. Pfandbr. 25,200 Thlr. Preis: 75,000 Thlr. Anz.: 25,000 Thlr. Näheres d. K. Alexander, Kaufm. Breslau, neue Schweidnitzerstr. 4.

## Haupt-Agentur der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank.

Bezugnehmend auf meine früheren Anzeigen mache ich darauf aufmerksam, daß ich Anträge auf hypothekarische Beleihung von Liegenschaften und Gebäuden Seitens der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank entgegennehme. Die Pommersche Hypotheken-Aktien-Bank belehnt im Allgemeinen die Liegenschaften bis zum 20fachen Grundsteuer-Reinertrag und die Gebäude bis zum 10fachen Nutzungs-werthe, jedoch nicht über die Hälfte der Feuer-Versicherung. Der Cours der Hypothekenbriefe ist erheblich gestiegen, so daß die Darlehnsnehmer nicht mehr so große Verluste an der Cours-Differenz zu tragen haben.

Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß die Darlehne Seitens der Bank entweder unkündbar, oder nach bestimmten Jahren kündbar gegeben werden.

Die Coulanz der Bank bei Abwicklung der Anträge ist rühmlichst bekannt.

Posen, im Mai 1870.

## Der Haupt-Agent Adolph Alport.

Riesen-Runkelrüben-Samen bei gelber Böhl'scher Gattung verkauft den Scheffel mit 4 Thlr. die Menge mit  $\frac{7}{8}$  Sgr.

Carl Heinze,  
Vorwerksbes. in Gleico.

## Höchst beachtenswerth.

Am 17. Mai d. J. soll das sehr schön gelegene Grundstück, genannt "Salem" in Bromberg gerichtet verkauft werden. Dasselbe besteht aus einem  $\frac{2}{3}$  M. Morgen großen Garten, zwei fast neuen Häusern, zwei Säle enthaltend. Es liegt dicht an dem schiffbaren Strom die "Brake", über welche eine neue Brücke erst erbaut ist, die zweit Stadttheil mit einander verbindet. Dasselbe eignet sich ganz vorzüglich zu einem öffentlichen Garten mit Restauration, oder zur Anlegung eines Fabriksgeschäfts. Neben-haupt auch gute Baupläze.

eröffnet habe.

Indem ich dies mein Unternehmen unter Zusicherung reeller und sorgfältiger Bedienung dem Wohlwollen eirs hochgeschätzten hiesigen und auswärtigen Publikums bestens empfohlen halte, zeichne mit aller Achtung

## August Klug jun.

### Soolbad Goczalkowitz

bei Pleß (Oberschlesien).

Anhaltpunkt Rechtes-Oderauer-Bahn (Poststation).

Zod- und Bromhaltige Soolquelle eröffnet am 15. Mai.

Wannen, Sitze, Douches und Sool-Dampfbäder.

Bequeme Wohnungen, Spaziergänge, Badehalle, Konzert, Billard, Hotel, Restauration, keine Rüche.

Anmeldungen d. d. Bade-Verwaltung.

Da ich mich an der diesjährigen Maschinen-Ausstellung nicht beteilige, erlaube ich mir hiermit auf mein Lager von

landwirthschaftl. Geräthen und Bau-Artikeln aller Art, als Ketten, Striegeln, Brückenwaagen, Sensen, Sicheln, Werksteinen, Schafscheeren, Tätowirzangen, Beet-Einfassungen, Gebr. Dittmarschen

Garten-Utensilien aller Art, eiserne Fenster, Pferderippen, Rauen ic. aufmerksam zu machen; auch liefer ich vollständige Stall-Einrichtungen nach den neuesten Modellen.

## Ebenso empfehle ich mein Magazin von Haus- und Küchen-Geräthen jeder Art,

als: Eisschränke in jeder Größe, Eismaschinen, Einmachkraut, neuer Construction, Plätt-Desen, sowie vielseitige andere Novitäten, einer geneigten Beachtung.

## Joh. Gottl. Jäschke,

Breslau, Ring 17.

## Simbeerlimonadenessenz

ohne Spirituszusatz

## Hartwig Latz,

St. Martin.

## Hochfein.

Seit Jahren erprobte liefert die 1. Fabrik v. verbess. Brandenb. Schmier- oder Taschenkal folgenden inll. Blechbüchsen und Kisten pr. Pf. 17 $\frac{1}{2}$  Sgr. Den H. Kaufleuten hohen Ra-batt. — Nachnahme. — Depositare angenehm.

Th. Höhenberger, Breslau.

Biegenmilch Kleine Gerberstraße 7.

## Man biete dem Glücke die Hand!

## ev. M. 250,000

als höchsten Gewinn bietet die neueste grosse Geld-Verloosung, welche von der hohen Regierung genehmigt und garantirt ist.

Es werden nur Gewinne gezogen und zwar plangemäß kommen im Laufe von wenigen Monaten 26,900 Gewinne zur sicheren Entscheidung, darunter befinden sich Haupttreffer von ev. M. 250,000, 150,000, 100,000, 50,000, 40,000, 30,000, 25,000, 2 mal 20,000, 3 mal 15,000, 4 mal 12,000, 4 mal 10,000, 5 mal 8000, 7 mal 6000, 21 mal 5000, 35 mal 3000, 126 mal 2000, 205 mal 1000, 255 mal 500, 350 mal 200, 13,200 mal 110 etc.

Die nächste zweite Gewinnziehung dieser grossen vom Staate garantirten Geld-Verloosung ist amtlich festgestellt und findet

schnell am 18. und 19. Mai 1870 statt

und kostet hierzu

1 ganzes Original-Loos nur Thlr. 4,— Sgr.

1 halbes " " " 2,— "

1 viertel " " " 1,— "

gegen Einsendung, Posteinzahlung oder Nachnahme des Betrages.

Alle Aufträge werden sofort mit der grössten Sorgfalt ausgeführt und erhält Jedermann von uns die mit dem Staatswappen versehenen Original-Loose selbst in Händen.

Den Bestellungen werden die erforderlichen amtlichen Pläne gratis beigelegt und nach jeder Ziehung senden wir unsern Interessenten unaufgesordert amtliche Listen.

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt stets prompt unter Staats-Garantie und kann durch directe Zusendungen oder auf Verlangen der Interessenten durch unsere Verbindungen an allen grösseren Plätzen Deutschlands veranlasst werden.

Unser Debit ist stets vom Glücke begünstigt und hatten wir erst vor kurzem wieder unter vielen anderen bedeutenden Gewinnen 3 mal die ersten Haupttreffer in 3 Ziehungen laut offiziellen Beweisen erlangt und unseren Interessenten selbst ausbezahlt.

Voraussichtlich kann bei einem solchen auf der solidesten Basis gegründeten Unternehmen überall auf eine sehr rege Beteiligung mit Bestimmtheit gerechnet werden, man beliebe daher schon der nahen Ziehung halber alle Aufträge baldigst direct zu richten an

## S. Steindecker & Comp.,

Bank- und Wechsel-Geschäft in Hamburg.

Ein- und Verkauf aller Arten Staatsobligationen, Eisenbahn-Aktionen

und Anleihenlosse.

Um Irrungen vorzubeugen, bemerkten wir ausdrücklich, dass keine ähnliche vom Staate wirklich garantirende Geld-Verloosung vor obigem amtlich planmäßig festgestellten Ziehungsstermin stattfindet und um allen Anforderungen möglichst entsprechen zu können, beliebe man ges. die Anträge für die vom Staate garantirten Original-Loose baldigst uns direct zugehen zu lassen.

D. O.

## Auf dem Dominium Wulka bei Strzelczo siehen

## 150 Masthammels

(bereits geschoren) zum Verkauf.



46 $\frac{1}{2}$  b.  
Weizen pr. Mai 64 $\frac{1}{2}$  Br.  
Hafner pr. Mai 1. Mai-Juni 47 $\frac{1}{2}$  - 47 b.  
Rübenfest, p. 90 Pf.  
56-61 Sgr., Buttermaare 48-52 Sgr.  
Rübbel slau, loto 15 $\frac{1}{2}$  Br., pr.  
Mai 15 $\frac{1}{2}$  Br., Mai-Juni 14 $\frac{1}{2}$  Br., Sept.-Okt. 18 $\frac{1}{2}$  b.  
Käse, Kuchen pr. Gr. 66-69 Sgr.  
Spiritus wenig verändert, loto 14 $\frac{1}{2}$  Br., 14 $\frac{1}{2}$  Gd., pr. Mai u. Mai-Juni  
15 $\frac{1}{2}$ -15 b.  
Juni-Juli 15 $\frac{1}{2}$  b., Juli-August 15 $\frac{1}{2}$ -8 b.  
August-Sept. 15 $\frac{1}{2}$  Br.  
Bink ohne Umsatz.

Die Börse-Kommission.

Preise der Cerealien. (Besitzungen der polizeilichen Kommission.)					
Weizen, weißer	78-82	76	64-70	Sgr.	
do. gelber	76-78	74	64-70		
Roggen	58-59	57	55-56		
Gerste	47-49	46	43-44		
Hafner	34-35	33	31-32		
Erbsen	56-60	58	46-50		

(Brsl. Höhls. Bl.)

### Telegraphische Börsenberichte.

Nürnberg, 2. Mai, Nachmittags 1 Uhr. Wetter trübe. Weizen schwankend, geringer loto 7, 7 $\frac{1}{2}$ , fremder loto 6, 22 $\frac{1}{2}$ , pr. Mai 6, 21, pr. Juni 6, 20 $\frac{1}{2}$ , pr. Juli 6, 22, pr. November 6, 25. Roggen slau, loto 5, 20, pr. Mai 5, 8 $\frac{1}{2}$ , pr. Juli 6, 12, pr. Novbr. 5, 12 $\frac{1}{2}$ . Rübbel matter, loto 15 $\frac{1}{2}$ , pr. Mai 15 $\frac{1}{2}$ , pr. Oktbr. 14 $\frac{1}{2}$ . Leinöl loto 12 $\frac{1}{2}$ . Spiritus loto 19 $\frac{1}{2}$ .

Breslau, 2. Mai, Nachmittags. Matt. Weizen pr. Mai 64 $\frac{1}{2}$ . Roggen pr. Mai-Juni 45 $\frac{1}{2}$ , pr. Juni-Juli 46 $\frac{1}{2}$ , pr. Juli-August 47. Rübbel loto 15 $\frac{1}{2}$ , pr. Mai-Juni 14 $\frac{1}{2}$ , pr. September-Oktober 13 $\frac{1}{2}$ . Bink umsatzlos. Roter und weißer Kleesamen unverändert.

Bremen, 2. Mai. Petroleum Standard white loto 6 $\frac{1}{2}$ , Maiab-ladung 6 $\frac{1}{2}$ , pr. September 6 $\frac{1}{2}$ . Angeregter.

Hamburg, 2. Mai, Nachm. Getreidemarkt. Weizen und Roggen, loto unverändert. Weizen auf Termine niedriger, Roggen matt. Weizen pr. Mai 5400 Pfds. netto 117 $\frac{1}{2}$  Banknoten Br., 117 Gd., pr. Juni-Juli 127 $\frac{1}{2}$ , Pfds. 118 Br. und Gd., do. 125-126 Pfds. 115 Br., 114 Gd., pr. Juli-August 2000 Pfds. in Ml. Banco 133 Br., 132 Gd., do. 125-126 Pfds. 2000 Pfds. in Ml. Banco 131 Br., 130 Gd. Roggen pr. Mai 5000 Pfds. Brutto 85 Br., 84 $\frac{1}{2}$  Gd., pr. Juni-Juli 86 Br., 85 Gd., pr. Juli-August 2000 Pfds. in Ml. Banco 104 Br., 103 Gd. Hafner unverändert. Gerste ruhig. Rübbel matt, loto und pr. Mai 31 $\frac{1}{2}$ , pr. Oktober 27 $\frac{1}{2}$ . Spiritus matt, pr. Mai, pr. Mai-Juni und pr. Juni-Juli 20 $\frac{1}{2}$ . Kaffee unverändert. Bink full. Petroleum fest, Standard white, loto 14 $\frac{1}{2}$  Br., 14 Gd., pr. Mai 14 Gd., pr. August-Dezember 15 $\frac{1}{2}$  Gd. — Trübes Wetter.

London, 2. Mai. Getreidemarkt (Ausgangsbericht). Weizen 2 Sh., Mehl 1 Sh., sonstige Artikel 6 d. höher gehalten. — Kaltes Wetter.

London, 2. Mai. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen 1-2 Sh., Mehl in Säcken 1 Sh., in Fässern 6-9 d. höher seit vergangenem Montag, für sonstige Artikel außerste Montagspreise.

Liverpool, 2. Mai, Mittags. (Von Springmann & Co. Kaufm. 8-10.000 Ballen Umsatz. Ruhig, aber fest. Lagesimport 1623, davon amerikanische 447 Ballen, keine ostindische.

Middling Orleans 11 $\frac{1}{2}$ , middling Amerikanische 11, fair Dholera 9 $\frac{1}{2}$ , middling fair Dholera 9 $\frac{1}{2}$ , good middling Dholera 9, fair Bengal 8 $\frac{1}{2}$ , fair Donra 9 $\frac{1}{2}$ , Pernam 11 $\frac{1}{2}$ , Smyrna 10 $\frac{1}{2}$ , Egyptische 12 $\frac{1}{2}$ .

Breslau, 2. Mai. Infolge der matten Wiener Frühkurse war die Börse sehr slau für österreichische Kredite und Lombarden, die zu merklich niedrigeren Kursen gehandelt wurden, in den übrigen Spekulationspapieren geringer Umfang. Per ult. fix: Lombarden 104 $\frac{1}{2}$  bez., österreich. Kredit 147-148 bez., Italiener 55 $\frac{1}{2}$  bez.

Offiziell gekündigt: 6000 Tint. Roggen, 4000 Tint. Hafner, 1500 Tint. Leinöl und 70.000 Quart Spiritus.

Reflexit: 2000 Tint. Roggen pr. 520, 522.

Pfaffen geblieben ein Roggenstein Nr. 563.

[Schlußkurse.] Österreichische Losse 1860 —. Minerwa —. Schlesische Bank 123 b. u. S. Deffert. Kredit-Bankaktien 146 $\frac{1}{2}$  B. Überschl. Prioritäten 74 B. do. do. 83 $\frac{1}{2}$  B. do. Lit. F. 90 G. do. Lit. G. 89 $\frac{1}{2}$  B. do. Lit. H. 88 $\frac{1}{2}$  B. Rechte Über-Ufer-Bahn St. Prioritäten 97 b. Breslau-Schweid.-Bahn 109 $\frac{1}{2}$  b. do. neu 99 $\frac{1}{2}$  b. Über-schlesische Lit. A. u. O. 167 B. Lit. B. —. Rechte Über-Ufer-Bahn 88 $\frac{1}{2}$  B. Rosel-Oderberg —. Amerikane 95 $\frac{1}{2}$  b. Italienische Anleihen 56 $\frac{1}{2}$  G.

Berlin, 2. Mai. Im gestrigen Privatverkehr waren die Kurse auf die schlechteren auswärtigen Notierungen und Pariser Depeschen niedriger geworden, da auch heute die Wiener Notierungen ungünstig anliefen, Lombarden, Franzosen und Kredit gingen stark zurück. Banlen und Eisenbahnen waren matt und still; inländische Bonds fest. Deutsche matt und nur Boden-Kredit und Liquidationskurse gehandelt, erster zu höherem, letztere zu niedrigerem Preise. Inländische Prioritäten blieben fest und gut zu lassen, österreichische matt, russische fest, amerikanische teilweise höher, teilweise niedriger, das Geschäft in alten Prioritäten nur mäßig. Badische Bank 106 bezahlt, Oberschles.

(konvert. Rosel-Oderberger) sind heute zum ersten Mal mit 95 $\frac{1}{2}$  gehandelt worden und blieben dazu begehrte.

### Fonds- u. Aktienbörsen.

Berlin, den 2. Mai 1870.

#### Börsische Fonds.

Deutsche Aktien 4 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. National-Akt. 5 — — — — —

do. 250 B. Br. Dobl. 4 74 B — — — — —

do. 100 B. Kred. 2 86 $\frac{1}{2}$  b. — — — — —

do. 200 B. (1860) 5 78 $\frac{1}{2}$  b. alt. 78 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Br. Gob. 6 64 b. — — — — —

do. Gold. Akt. v. 64 b. — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —

do. Bodenbr. Pfdsbr. 5 87 B — ult. 66 $\frac{1}{2}$  — — — — —